

H. L. Lublin

Inventur-Räumungs-Verkauf

Mittwoch

Donnerstag

Normal-Unterwäsche

1500 Herren-Hemden aus Vigogne
Länge 90 95 cm
Inventur-Preis 70 80

2000 Herren-Hemden aus schwerer Vigogne
Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.00 1.10 1.20 1.30

2500 Herren-Hemden Halbwolle
Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.45 1.55 1.65 1.75

2500 Herren-Hemden schwere Qualität
Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.85 2.05 2.25 2.45

350 Herren-Jacken Halbwolle, schwere Qualität
mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.45 1.65 1.85

1250 Herren-Hosen Vigogne
klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 55 65 75 85

1250 Herren-Hosen aus schwerer Vigogne
klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 95 1.05 1.15 1.25

800 Herren-Hosen Halbwolle, schwere Qualität
klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.60 1.80 2.00 2.20

300 Paar Herren- u. Damen-Hosen 85
Tritot, gefüttert, in allen Größen

2000 Paar Herren- u. Damen-Hosen 1.35
Tritot, mit prima Webzem, eingewebtem Futter in allen Größen

250 Damen-Hosen Vigogne
mittel und groß
Inventur-Preis 1.10

800 Damen-Hosen Halbwolle, extra schwer
mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.50 1.70 1.90

850 Damen-Jacken Vigogne
klein mittel groß
Inventur-Preis 40 45 50

500 Damen-Jacken Vigogne, extra schwer
klein mittel groß
Inventur-Preis 75 85 95

600 Damen-Jacken Halbwolle, extra schwer
klein mittel groß
Inventur-Preis 1.15 1.30 1.45

3500 Damen-Untertäillen Tritot, gefüttert
klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 55 65

1250 Kinder-Leibhöschen rosa gestrich
Länge 60 cm 80 90 100 cm
30 50

350 Kinder-Leibhöschen Tritot, gefüttert
Länge 60 cm 90 und 100 cm
35 65

1050 Normal-Mädchen- u. Knabenhemden
Wolle 60 u. 80 %
Länge 85 75 85 cm
1.25 1.75 2.25

Pelzwaren

Kanin-Kolliers Wert 1.10 1.35 1.80
Inventur-Preis 65 90 1.15

Sealbisam-Kolliers Wert 5.50 9.50 10.50 11.50
Inventur-Preis 3.75 6.75 7.00 8.00

Nutria-Kolliers Wert 3.00 3.25 6.50
Inventur-Preis 1.75 2.00 4.25

Nutria-Kanin Wert 1.50
Inventur-Preis 1.20

Nerz-Murmel Wert 3.00
Inventur-Preis 1.75

Pelzkrawatten Neuheit

Kanin rasé Wert 4.00 6.75 Nutria Wert 5.75

Inventur-Preis 2.75 4.50 4.00

Astrachan-Stolas Wert 3.00 6.00

Inventur-Preis 1.75 3.00

Kanin-Muffen Wert bis 4.00 Inventur-Preis 75-2.25

Rasé-Kanin-Muffen Wert bis 6.00 Inventur-Preis 1.50-3.25

Sealbisam-Muffen Wert bis 12.50 Inventur-Preis 4.50-8.00

Murmel-Muffen Wert bis 4.50 Inventur-Preis 2.25-3.00

Nutria-Muffen Wert bis 10.00 Inventur-Preis 2.75-7.00

Chinchilla-Muffen initiert Wert bis 6.00 Inventur-Preis 3.25-4.00

Natur- u. Nerzbisam-Muffen Wert bis 8.00 Inventur-Preis 4.50-3.50

Taschen-Muffen Nutria Wert bis 12.00 Inventur-Preis 5.00-8.50

300 Lammfell-Boas weiß und grau
Länge 75 90 135 150 175 cm
Inventur-Preis 30 40 1.00 1.25 1.50

100 weisse Chandella-Boas cm lang
Inventur-Preis 1.25 u. 1.00

Nutria-Barets Wert bis 6.00 Inventur-Preis 1.50

Kinder-Muffen schwarz Kanin mit Taichen
Wert 90 Bi Inventur-Preis 65

Kinder-Muffen schwarz Krimmer
Wert 85 1.35 2.00

Knaben- und Herren-Kragen Kanin
Wert 1.30 1.80 3.25

Inventur-Preis 90 1.20 2.00

Knaben-Kragen Murmel . . 2.00

Nutria . . 1.50 2.00

Kanin rasé . . 3.00

Nutria . . 6.00 7.50

Echt Astrachan- und Persianer-Stolas

Wert 115.00	75.00	62.00	50.00	40.00	25.00	15.00
Inventur-Preis 85.00	60.00	50.00	40.00	30.00	18.00	10.00

Wert 64.50	76.50
------------	-------

Echt Skunks-Stolas Wert 50.00 60.00

Wert 43.50	50.00
------------	-------

Echt Nerz-Stolas Wert 30.00 36.00

Wert 16.50	15.50
------------	-------

Echt Seal-Kanin-Stolas Wert 10.00 12.00

Echt Skunks-Muffen

Wert 35.00	33.00	26.50	24.50
------------	-------	-------	-------

Inventur-Preis 25.00	22.50	19.00	17.50
----------------------	-------	-------	-------

Echt Persianer-Muffen

Wert 16.50	20.00	27.00	33.00
------------	-------	-------	-------

Inventur-Preis 12.00	13.50	20.00	25.00
----------------------	-------	-------	-------

Echt Nerz-Muffen

Wert 9.50	22.50	33.00
-----------	-------	-------

Inventur-Preis 7.75	16.50	25.50
---------------------	-------	-------

Barchent-Hemden

200 Barchent-Frauen-Hemden doppelseitig gerautet 110 cm Inventur-Preis 75

300 Barchent-Frauen-Hemden doppelseitig gerautet Inventur-Preis 1.10

200 weiße Barchent-Frauen-Hemden 110 cm Inventur-Preis 1.00

500 Barchent-Mädchen-Hemden doppelseitig gerautet Länge 60 70 80 90 cm
Inventur-Preis 40 45 55 65

400 Barchent-Herren-Hemden einseitig gerautet 110 cm Inventur-Preis 1.20

200 Barchent-Herren-Hemden doppelseitig gerautet 95 cm Inventur-Preis 75

100 Frauen-Hosen 85 cm lang rote Barmwolle-Riegel Inventur-Preis 68

300 Barchent-Knaben-Hemden doppelseitig gerautet Länge 60 70 80 90 cm
Inventur-Preis 40 45 55 65

Schlafdecken

1700 Schlafdecken delzartig gerautet
120×170 130×180 140×190 150×200

Inventur-Preis 1.20	1.45	2.25	2.50
---------------------	------	------	------

300 Eiderröcke mit Handlanguetter Inventur-Preis 1.35

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonne und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Paul Bader, Magdeburg. Verantwortlich für Unterlagen August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Veltheim, Magdeburg. Geschäftsstelle Poststraße 40, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Ritterstraße 3, Fernsprecher 861.

Buchnummerierte undkolorierte Abonnementen je 12 Mark, monatlich 10 Mark. Bei Ausland in Deutschland monatl. 1 Grav. 1.70 Mk., 2 Grav. 2.90 Mk. An die Provinzen und den Auslandsteil monatlich 2 Mk., monatl. 20 Pf. Bei den Kolonialstaaten 2.25 ztl. Beitragsz. Einzelne Nummern 5 Mark. Sonntags und Feiertagen 10 Pf. — Intelligenzteil: die lediggelegte Zeitung 15 Pf. bei Zeitungensteile 25 Pf.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Das Dessauer Buchthansurteil.

Verhandlungen des Oberkriegsgerichts Magdeburg.

Magdeburg, 11. Januar 1905.

(Nachmittags-Sitzung.)

In der Nachmittags-Sitzung wird mit der Zeugenvernehmung

fortgefahrene. Erste Zeugin ist die Frieda Regel, das Mädchen, das mit Günther auf dem verhängnisvollen Abend das Tanzlokal besucht hat. Die Zeugin, ein hübsches, schlankes Mädchen, erzählt die Vorgänge, die sich im und vor dem Lokal abspielten. Sie war mit Günther in Ziebigk auf dem Tanzboden. Heine kam vor dem Lokal zur Zeugin und stieß sie an, weil sie nicht „Guten Abend“ gesagt hatte. Günther stellte den Unteroffizier deshalb zur Rede. Es entstand ein Streit, in dessen Verlauf Heine mit dem Seitengewehr um sich schlug. Voigt rief dabei den Unteroffizier um und hielt das Seitengewehr des Heine fest, das er ihm entwandt. Darauf lief Voigt weg, von Heine verfolgt. Der letztere erhielt dann sein Seitengewehr wieder, zog es blank und schlug auf die Frieda Regel ein, die ein zerriissenes Kleid und eine Wunde am rechten Beine davontrug und vor Schmerz laut auffschrie. Von dem Streite, der sich darauf zwischen dem Unteroffizier Heine und dem Gefreiten Günther entwickelte, vermögt die Zeugin kein klares Bild zu geben. Der Verhandlungsleiter versucht an Hand einer Ansichtspostkarte, auf der sich das Lokal, in dem der Streit seinen Anfang nahm, befand, genau festzustellen, wie der Streit begann und sich fortsetzte, allein ohne sonderlichen Erfolg. Die Zeugin ist ziemlich verlegen und macht widersprechende Angaben.

Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Guttman, erläutert die Zeugin, sie habe den Gruß des Heine nicht beantwortet, weil sie an seiner Sprache erkannte, daß er sehr betrunken war und ihr grob entgegnete.

Die nächstfolgende Zeugin, Anna Albrecht, befand sich in der Gesellschaft der Regel. Sie schildert die Vorgänge ähnlich wie die Vorzeugin. Nach ihrer Aussage zog Heine sofort das Seitengewehr und rief: „Bahn Schritte vom Leibe weg!“ als ihn Voigt zuerst zur Rede gestellt hatte. Voigt hielt das Seitengewehr des Heine fest, darauf entriß Heine dem Voigt dessen Seitengewehr und lief fort. Günther und Voigt folgten dem Heine. Ersterer hielt den Unteroffizier fest, nachdem er ihn erreicht hatte, und letzterer entriß ihm sein Seitengewehr. Voigt hielt nun zwei Seitengewehre in den Händen; es wurde ein Streichholz angezündet, um an den Nummern die Eigentümer der Seitengewehre festzustellen, dann erhielt Heine sein Seitengewehr zurück, worauf dieser die Frieda Regel schlug. Infolge dieses Schlags gerieten nun Günther und Heine zusammen. Die Zeugin hat gesehen, daß Günther blutig vermag aber auch keine genaue Schilderung der letzterwähnten Rauerei zu geben. Ob Voigt dabei zugegen war, weiß sie nicht.

Zeuge Wilhelm Schiele aus Ballenstedt soll darüber aussagen, ob Heine früher schon einmal in Ballenstedt Streitigkeiten gehabt habe, die ihren Ausgangspunkt in Streitigkeiten mit Mädchen gehabt haben. Er schildert einen kleinen Streit, den er selbst zu Weihnachten 1903 mit Heine hatte. Auch dabei zog Heine gegen Unbeteiligte blank. Mädchen spielten jedoch keine Rolle bei dem bedeutungslosen Vorgang.

Zeuge Lehrer August Ehrhardt aus Ziebigk soll über den Leumund und die Fähigkeiten eines Hauptzeugen, des später zu vernehmenden Drog ein Urteil abgeben. Er schildert den Zeugen Drog als schwach befähigt mit mangelhaftem Aufnahmevermögen. In der Schule hat er nichts geleistet. Dass Drog als Schuljunge läugenhafte oder zu Übertriebungen geneigt gewesen sei, will der Zeuge nicht behaupten.

Der Zeuge Wilhelm Wurgler, ein Rentier aus Ziebigk, war früher Nachbar der Familie Drog. Er hat den Zeugen Drog nach der Schulzeit oft beobachtet und hält ihn „für zeitweise nicht ganz klar“, was er damit begründet, daß Drog heute noch sein Bett zu verunreinigen pflegt und nur sehr mangelhafte Arbeiten liefern.

Mächtiger Zeuge ist der

Zeuge Drog.

Er ist 18 Jahre alt und macht keinen besonderen intelligenzen Eindruck. Der körperlich schwach entwickelte junge Mann arbeitet jetzt in einem Holzgeschäft und war am 28. August in Ziebigk im Lokal von Knecht. Als er das Lokal verließ, kamen zwei Soldaten aus dem Lokal, dann zwei Mädchen und dann ein Unteroffizier. Mit Sicherheit vermag der Zeuge jedoch nicht anzugeben, daß die drei Soldaten mit den Angeklagten identisch sind. Der Unteroffizier grüßte die Mädchen, eines derselben dankte, das andre nicht. Der Zeuge schildert die weiteren Vorgänge im Gegensatz zu den Mädchen

Regel und Albrecht. Nicht der Unteroffizier, sondern ein oder zwei Soldaten seien wegelaufen, gefolgt vom Unteroffizier, der rief: „Mein Seitengewehr, mein Seitengewehr!“ Als die drei Soldaten zum Stehen gekommen waren, forderten sie den Zeugen Drog auf, ein Streichholz anzuzünden, um die Seitengewehre an den Nummern erkennen zu können. Aus jeder der beteiligten drei Soldaten wieder im Besitz seiner Waffe war, schlug der Unteroffizier nach einem Mädchen, dieses rief: „Aufworaus einer oder beide Soldaten über den Unteroffizier herstellen und ihm die Hände fesseln. Ob nur ein oder zwei Soldaten mit dem Unteroffizier zu tun hatten, und ob der leichtere nur festgehalten oder auch geschlagen wurde, vermag der Zeuge nicht genau anzugeben. Ein Soldat hat am Kopf geblutet infolge eines Schlags, den ihm der Unteroffizier verpasste, als er sich vom Boden, wo er festgehalten war, wieder erhoben hatte.

Der Verhandlungsleiter hält dem Zeugen, auf dessen Aussage das Urteil erster Instanz basiert ist, vor, daß er vor dem Dessauer Kriegsgericht ausgesagt habe, zwei Soldaten, ein Freier und ein Dienstleiter, seien über den auf der Erde liegenden Unteroffizier hergestellt und hätten ihn verprügelt. Der Zeuge steht aber bei seiner heutigen, unbestimmten Aussage. Je mehr er gefragt wird, desto konfusser werden die Aussagen dieses Hauptbelastungszeugen, der vom Verhandlungsleiter schließlich mit dem Rate entlassen wurde, sich draußen zu ergehen und sich zu überlegen, wie es komme, daß seine heutigen Angaben im Widerspruch mit denen in der vorigen Sitzung stehen.

Zeuge von Schlieben, der Hauptmann der Angeklagten Günther und Voigt, stellt beiden ein vorzügliches Zeugnis aus. Sie seien beide sehr gute Soldaten gewesen, die weder dienstlich noch aushandlungsfähig zu Klagen gegeben hätten. Auch Voigt wäre Gefreiter geworden, wenn sich ihm noch eine Stelle frei gewesen wäre. Auf Befragen des Verhandlungsleiters, ob der Zeuge das er weder Günther noch Voigt der Tat für fähig halte, der man sie beschuldige.

Der Zeuge Oberleutnant von Prellwitz war der Borgeiste des Unteroffiziers Heine. Ihm hatte Heine zuerst Meldung von den Vorfallen erstattet. Das Erinnerungsvermögen des Unteroffiziers über die Vorfälle der Nacht war aber stark getrübt, er gab zu, daß er sinnlos betrunknen gewesen sei und habe nicht mehr gewußt, mit welchen Personen er das Rencontre hatte.

Sergeant Karl Stein war in der Nacht zum 28. August mit Heine in Ziebigk. Er traf Heine nach dem Vorfall auf der Straße und rief ihm, nach Hause zu gehen. Heine machte einen sehr aufgeregten Eindruck, daß er betrunken war, habe man ihm nicht angemerkt Heine sei bei seinen Kollegen nicht beliebt gewesen und immer seine eigenen Wege gegangen, auf denen ihm die übrigen Unteroffiziere nicht folgen wollten.

Die Zeugin Marie Tausch war vom Fenster ihrer Wohnung nur Zeugein des Streites. Sie hörte ein Mädchen „Au!“ rufen, ja das Knistern eines Streichholzes und hörte etwas von einer Prüfung. Von den Personalien der Beteiligten kann sie keine näheren Angaben machen.

Zeuge Friedrich Schudert hat gesehen, daß der Unteroffizier Heine mit dem Seitengewehr in der Hand angelassen kam und ein Mädchen schlug, das darauf „Au!“ rief. Andere Personen will er nicht gesehen haben.

Eine Reihe Zeugen, die nun vernommen werden müssen, machen nur ganz belanglose Aussagen.

Nochmal der Zeuge Drog.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird der Hauptzeuge Drog noch einmal vernommen. Zeuge erklärt, daß seine erste Aussage in Dessau richtig gewesen sei. Dass die beiden Angeklagten Günther und Voigt über den Unteroffizier hergestellt seien, kann Zeuge nicht mehr bestätigen. Seine weiteren Aussagen zeitigen derartige Widersprüche, daß der Rechtsanwalt Czernikow die Richtvereidigung beantragt.

Rechtsanwalt Guttman stellt dem Gericht anheim, in einer Beratung darüber einzutreten, ob der Zeuge zu vereidigen ist.

Rechtsanwalt Dr. Eberhard ist im Interesse des Angeklagten Heine für Vereidigung.

Der Vertreter der Anklage ist für Richtvereidigung. Drog sei ein Mensch, der die Wahrheit sagen will, aber durch sein geringes Beobachtungsvermögen daran gehindert wird.

Um 8 Uhr zieht sich der Gerichtshof zurück, um die gestellten Anträge zu beraten.

Nach ½ stündiger Beratung teilt der Verhandlungsleiter mit, daß Gericht habe beschlossen, den Zeugen Drog nicht zu vereidigen. Ferner ist der Besluß gefaßt, sämtliche Kriegsgerichtsräte erster Instanz als Zeugen zu laden, um die Widersprüche, die zwischen den Aussagen der Angeklagten und den vorhandenen Protokollen der ersten Instanz bestehen, aufzuhüllen. Zu diesem Zweck wird die Verhandlung bis auf Sonntag den 14. Januar, vormittags 9 Uhr, vertagt. —

Politische Übersicht.

Magdeburg, 12. Januar 1905.

Der Königsberger Prozeß im Reichstag.

Der Reichstag trat am Mittwoch in die zweite Verhandlung des Etats ein. Einigen eignen Etat erledigte er ohne Debatte; nicht einmal die schmerliche Diätenfrage wurde von einem der Abgeordneten berührt. Um so lebhafter setzte die Verhandlung des Etats bei einer von den Kreisjungen befragten Resolution über das Friedenstreit in Deutschland und die Gegenfeindschaftsverträge, insbesondere der mit Russland, ein.

Sie gab dem Genossen Haase, einem der Verteidiger im Königsberger Prozeß, zum ersten Male nach der Auseinandersetzung des Altendunkels im öffentlichen Gerichtsverfahren Gelegenheit, alle die Unannehmlichkeiten, die die Regierung und die Justizbehörden sich im Russlanddienst geleistet haben, im Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu beschreiben. Vor allem stellte er das eine fest, was stets im Auge behalten werden muß, um die völlige Niederlage der Bülow-Hammerstein-Schönfeld festzumachen, daß sie, die zuerst im Vorjahr sich als Staatsräte gegenüber den anarchistischen Hochverrätern Geheimbünden aufgespielt haben, jetzt dem Prozeß jede politische Bedeutung zu nehmen suchen und alles, was da vorgefallen ist, auf das juristische Gebiet hinüberziehen möchten. Als ob nicht gerade deswegen die Staatsanwaltschaft und das Gericht sich zu juristischen „Sonderarbeiten“ hergegeben habe, weil es sich um einen politischen Tendenzprozeß handele. Nur um Russland einen Dienst zu leisten, hat man deutsche Staatsbürger ins Gefängnis gesetzt, hat der Staatsanwalt den Dolus eventualissimus sowohl gerecht, daß jeder, der einem nicht bestehenden Geheimbund angehört, für alle Schriften verantwortlich sein solle, die von einem Mitglied des Geheimbundes nicht etwa verbreitet, sondern jemals in die Wohnung aufgenommen worden sind. Nur deshalb hat man die an sich schon recht ungünstige Stellung des Verteidigers so tief herabgedrückt, daß man ihm nur 5 Tage Zeit zur Durcharbeitung einer Anklageschrift von 225 Schreibmaschinen-Seiten gelassen hat; nur deshalb hat man ihm nie, auch bis zum letzten Tage nicht, eine Übersicht über das Beweismaterial gegeben.

Wann hätte wohl bei einem unpolitischen Prozeß, der nun juristisches Interesse hat, ein Erster Staatsanwalt in die Alten geschrieben, daß der Herr Justizminister ein besonders hohes Interesse an diesem Prozeßverfahren nähme? Endem die Regierung den politischen Charakter des Prozesses leugnet, entzieht sie sich selbst das Argument, mit dem sie einst im Landtag bei den bürgerlichen Parteien so großen Erfolg erzielte, und gesteht ein, daß sie sich bis auf die Knöpfe blaumiert hat — wenn auch der Präsident im deutschen Reichstag nur zu sagen erlaubt, daß sie sich schwimmen blaumiert habe. Ihre Laienmeinung hat Russland mit Polizeiung der Übersetzung der Strafgesetzbuch-Begründungen, in der Verhöhnung der Gefüchte um Zeugenvernehmungen belästigt und die preußische Regierung hat sich bewußt als Vertreter eines autokratischen Systems, das nur in Russland selbst schon aufs tiefste erschüttert ist und an der Spitze einer erlösenden Revolution im Lande steht immer näher rückt.

Genosse Bernstein ergriff diese Ausführungen Gaces durch einen Vergleich des deutschen Fremdenrechts mit demjenigen fortgeschrittenen Rechtsstaaten, wie England oder Dänemark. So trat klar zutage, daß Deutschland in allen Fragen wirtschaftlichen Fortschritts weit zurücksteht in der Welt, auch wenn es am reichsten ist in der Verleihung von Orden an fremde Generale.

Die schwer angegriffene Regierung verteidigte mit Staatssekretär Dr. Nieberding, der selbst ein bürgerlicher Abgeordneter als höchst unzulänglichen Vertreter charakterisierte. Wie die Gewissensbisse, der Reichsfanaler, der preußische Justizminister und der preußische Polizeiminister, es vorgezogen hatten, der Vertrag überhaupt fern zu bleiben, so flüchtete sich Dr. Nieberding hinter den Vorwand, daß er nicht über einen noch ißwesenden Prozeß sprechen wolle. Dabei hat sich knapp der einen Monat Minister Schönstedt nicht etwa über die schon jetzt kritifizierte Einleitung des Verfahrens, sondern über das noch angefochtene Urteil des langen und breiten ausgelassen — allerdings im sozialistischen Landtag.

Die von den freisinnigen Abgeordneten vorgelegte Resolution, die eine verfassungsmäßige reichsgerichtliche Regelung der Gegenfeindschaftsverbürgung und des Fremdenrechts nach halbwegs modernen und kulturellen Prinzipien forderte, fand denn auch nur in dem konservativen Redner, dem Abg. Gimburg, einen halben Gegner. Außer den Antrag-

Stettin, den Abgeordneten Müller-Meiningen und Veniaminoff, traten auch der Zentrumsgesetzte Bürkner und der nationalliberale Abgeordnete Lucas für den Antrag ein, der in der Abstimmung bei der dritten Abstimmung über angenommen werden sollte.

Später abends begann das Haus dann noch die Generaldebatte des Justizklaus mit einer Rede des Abgeordneten Erzberger (Centr.). Am Donnerstag soll die Veratung erfolgen werden. —

Ein sozialdemokratischer Sensationschwund.

Die bürgerliche Presse tut sich etwas daraus aufzutun, möglicherweise viele Variationen an dem einen Thema zu entfalten, daß das Schiefe vor. Will eine Fälschung sei. Sie spricht von einem Wollfahrtspolitik, von einem sozialdemokratischen Sensationschwund, von einer freien Fälschung, und glaubt in ihrer Einsicht, die verdeckte Partei wieder einmal um allen Verdacht geschnippt zu haben.

Nur wenige Blätter der bürgerlichen Linken haben entdeckt, daß der „Rhein.-Westl. Ztg.“ in ihrer nationalliberal-schwarzenischen Herzensfreude alle Logik abhanden gekommen war, als sie das fidèle Gefängnis mit der Nadel ihres Materials aus der preußisch-deutschen Welt radieren wollte. Diese Nicht-Dilpierten fragen deshalb verwundert, wie sich eine Anklage der Kommandantur begründen lassen sollte, wenn in der Hauptache das Bild echt sei.

Nicht nur in der Hauptache. Das Bild ist in jedem Strich echt. Der Widerspruch zwischen unserer Angabe und den Hoffnungen der Ordnungspresse erklärt sich auf der Tatsache, daß an jenem südlichen Abend in Ehrenbreitstein mehrere Aufnahmen gemacht worden sind, von verschiedenen Stellen des Zimmers aus und in verschiedener Gruppierung. Wenn die Kommandantur daher ein Bild ohne Weinfässchen und mit einem vierten Teilnehmer besitzt, so ist dies nicht um ein Strichlein echter, als daß von uns wiedergegebene, auf dem eine Batterie Weinfässchen und statt des vierten Fidelen ein Blumentopf sichtbar sind.

Die Parteien, deren Angehörige die Unnehmlichkeiten des Festungslebens erfahren, die sozialdemokratischen Söhnen verborgen bleiben, werden daher gut tun, wie so oft schon auch jetzt wieder ihrer Presse zum Rückzug zu blasen. Der „sozialdemokratische Sensationschwund“ wird durch die photographische Platte bewiesen, und diese Platte läuft nicht noch schwundet sic! —

Der Kampf im Ruhrrevier.

Wir erhalten vom Kriegsschauplatz die folgenden kurzen Berichte:

-d. Essen, 11. Januar.

Daß es in den einzelnen Bezirken nur eines Funks bedarf, um die Kreise der Ausstandsbevölkerung weiter zu wälzen, zeigte sich heute im Essener Revier. Als das Bulverfaß wurde die Zeche „Herkules“ betrachtet. Daher glaubte man, mit der Sonntagsversammlung das Überbringen des Streiks in das Essener Revier verhindert zu haben. Die Hoffnung war trügerisch! Heute morgen ist, wie gestern telegraphisch gemeldet, auf „Herkules“ der Streik ausgebrochen. Das war das Signal für noch drei weitere Zeichen, sich dem Ausstand anzuschließen. Nachmittags fand eine Belegschafts-Versammlung statt. Die Kommission berichtete, daß sie zweimal vergeblich versucht habe, Zusage zu erlangen. Die Versammlung beschloß, der Verwaltung nunmehr die bekannten Forderungen zu unterbreiten. Ein Vertreter der christlichen Organisation sprach für Wiederaufnahme der Arbeit, stand damit jedoch keine Gegenstimme. Gegen vereinzelte Stimmen fiel der Besluß für Fortsetzung des Streiks. Das Resultat rief stürmischen Beifall hervor.

Auf der Kupferdrehen-Hüttenzeche „Sölzer Renault“ gärt es auch. Eine Versammlung findet morgen statt. Außerdem tagen noch eine Menge anderer Belegschafts-Versammlungen von verschiedenen Zeichen des Reviers. Die Führer der Organisationen haben nun, weil völlig ausichtlos, jeden Beruf, die Bewegung aufzuhalten, eingestellt.

-d. Dortmund, 11. Januar.

Bis heute abend ist von 50 Zeichen der Ausbruch des Streiks gemeldet. Auf einzelnen Zeichen ist der Streik vollständig, auf andern ist noch je eine Schicht angefahren, die sich aber auch wohl anschließen werden. Wie stehen gestern? Gestern, gestern, gärt es nun auch im Herkener Revier! Es ist möglich, daß wir morgen der Ausbruch des Streiks befürchten wird. Ringt hier, wo die größten Gruben liegen, der Streikante Reuer, dann ist der Streik so gut wie allgemein.

-d. Remscheid, 11. Januar.

Die von mehr als 3000 Personen besuchte Belegschaftsversammlung der Zeche „Neumühl“, die großartig verlief, und in der wieder die größtmögliche Mäßigung zur Sprache gebracht wurden, bestätigt die Befürchtung eine Reihe Forderungen zu unterstützen, die sich im weiten Bereich mit den in der Dorrumer Versammlung getroffen haben.

Die Streikenden bewahren überall die größte Ruhe. Die Ortsfarben organisieren Sammlungen und unterstützen die Streikfronten nach Möglichkeit in jeder Beziehung. Die gesamte Arbeiterschaft nimmt lebhaften Anteil an dem Kampf der Grubenarbeiter. —

Pour le mérite!

Die „Rhein.-Westl. Ztg.“, das offiziöseste in der langen Reihe der offiziösen Blätter, hat Befehl erhalten, die Texte der Telegramme zu veröffentlichen, die wegen der Ordensverleihung an Stössel und Nogi gewechselt worden sind. Da diese Telegramme einmal historische Bedeutung erhalten werden, geben wir ihren Wortlaut:

Telegramme Wilhelms II.

S. M. dem Kaiser. Japans. Seine Majestät von Port Arthur wird mir immer ein Beispiel für die Soldaten unseres Heeres sein. Bei seinem Kommandanten wird von der ganzen Welt bewundert, besonders in meinem Heere und von mir. Um unserer Sympathie und Bewunderung für General von Stössel und seine anderen Truppen Ausdruck zu geben, hoffe ich auf Deine Zustimmung, wenn ich ihm als höchste militärische Auszeichnung, den von Friedrich dem Großen gestifteten Orden „Pour le mérite“, verleihe. Dieselbe Ehrengabe will ich seinem braven General Nogi erweisen. —

S. M. dem Kaiser von Japan. Tokio.

Die Belagerung und Einnahme von Port Arthur haben den General Baron Nogi als einen tapferen und klugen Heerführer erwiesen, dessen Heldentaten ebenso wie die seiner Truppen mir immer von allen Soldaten, besonders von mir und meinem Heere bewundert werden. Ich hoffe, daß Eure Majestät zusimmen werden, wenn ich ihm als höheres Zeichen meiner Bewunderung die von meinem Vorfahren Friedrich dem Großen für Tapferkeit im Felde gestiftete höchste preußische militärische Auszeichnung, den Orden „Pour le mérite“, verleihe. Sein braver Gegner, General v. Stössel, hat dieselbe Auszeichnung erhalten.

Die Antworttelegramme.

Der Zar:

Seiner Majestät dem Kaiser. Berlin.

Im Namen meines Heeres dankt Ehrfürchtig Dir für die hohe Auszeichnung, welche Du dem General Stössel verleihen willst. Er hat an der Spitze seiner braven Garnison bis zum Ende tapfer seine Pflicht. Die meine Sympathie und die Deines Heeres und Deine Anerkennung für seine Haltung wird von mir tiefe empfunden.

Der Mikado:

S. M. dem Deutschen Kaiser. Berlin.

Ich bin sehr dankbar für Eurer Majestät Bewunderung für die Einnahme von Port Arthur. Was Eurer Majestät gütigen Wunsch betrifft, dem General Baron Nogi die höchste Auszeichnung des preußischen Heeres zu verleihen, so stimme ich mit Freude zu.

Die Veröffentlichung beweist, daß die Neutralität doch nicht so sorgsam gewahrt worden ist, wie gestern noch angenommen werden mußte. In dem Telegramm an den Baron steht das bedeutungsvolle Wörtchen „Sympathie“, das in der Depesche an den Mikado fehlt. Die Japaner werden die Texte vergleichen und daraus nochmals lernen, was sie als außergewöhnliche Beobachter längst wissen.

Immerhin aber wird jenes Knackfußische Gemälde, das dem Kontinent zuriß: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!“ als überwunden aus den Schulen und sonstigen Räumen verbannt werden müssen. Der „tapfere und kluge Heerführer“ Nogi hat als Angehöriger der verachteten gelben Rasse nicht wenig dazu beigetragen, die heiligsten Güter der russischen Selbstherrschaft und Kaukasuswirtschaft in Frage zu stellen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands weiß daher sehr gut, weshalb sie die Telegramme in atemloser Beklemmung ohne ein Wörtchen der Kritik wiedergibt. Sie hatte seinerzeit den Kampf gegen den gelben Drachen mit voller Eungenkraft ausgejubelt; nunmehr hat sie einen Teil dieser Gelben „für immer“ zu bewandern. Trotz all ihrer im Laufe der Jahre erworbenen Geschicklichkeit ist es nicht leicht, sich von heute zu morgen in die neue Rolle zu finden. Aber sie wird's schon noch lernen.

Die ausländische Presse ist nicht so besangen. Sie hat sofort Worte der Kritik gefunden. Aber wir enthalten uns, diese auch nur mit einem Federstrich anzudeuten. Würden wir auch nur ein Wort dessen veröffentlichten, was uns allein heute schon zu Gesicht gekommen ist, unser Verantwortlicher könnte sofort auf fünf Jahre von der preußisch-deutschen Freiheit Abschied nehmen. Wie frei doch diese Freiheit ist! —

O diese Türken!

Was in der Türkei alles passieren kann, davon erzählt die „Tägliche Rundschau“ mit atemloser Beifürchtung. Eine in Konstantinopel amäßige türkische Armee, General Siebold, ist unter dem Verdacht, Verbündeten gegen das feindende Leben bezogen zu haben, — ausgewiesen worden! Tagtäglich war sie „von Spionen umringt“, eines Tages fuhr sogar ein Wagen mit drei Polizisten bei ihrem Hause vor, um sie gewaltsam nach der Bahn zu bringen. Die Russen aber hielten sie zu europäischen Freunden geflüchtet. Schließlich bot ihr die türkische Regierung — 10 000 Mark Entschädigung an, und sie verschloß hierauf, halb freiwillig, halb gezwungen, das Land. Der Berichterstatter der „Täglichen Rundschau“ fügt hinzu:

„Zu befürchten sind wir alle, denn dies ist nur ein Präzedenzfall, der andere folgen werden. Welcher Ausländer ist sich noch seiner Eigentümlichkeit in Konstantinopel sicher, nachdem der Türk die letzte Streiche geglückt ist? Sowieso sind in solcher Zahl vorhanden, daß sie schon Verleumdungen erfinden. Missen erledigen müssen, um Stoff für ihre Angriffe zu haben. . . . „Was wollen Sie“, sagt realistisch zu mir ein ehrlicher Türk, „der Sultan ist von einer Zahl von Schranken umgeben, die ihm täglich von den Gejagten sprechen, die ihm drohen; und sobald ihnen jemand im Bilde ist, so schildern sie ihm diesen jemand als staatsgefährlich. . . .“

Da sieht man wieder einmal, daß die Türken eben keine Christen sind! In welchem andern Lande der Welt wären solche barbareischen Zustände möglich? —

Deutschland.

* Berlin, 12. Januar. Die Freisinnige und Deutsche Volkspartei haben im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Gotteslästerungs-Paragraphen eingereicht. Der Antrag bezieht sich auf den zweiten Teil des § 166. Gestrichen werden sollen die Worte: „Oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andre mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgemeinschaft oder ihre Einrichtungen oder Gedenkmäler bejähnt.“ Also wieder halbe Arbeit, wie es von Freisinnigen nicht anders zu erwarten steht. —

Der Schweizer Bundesrat hat die entsprechenden Regierungen zu einer internationalen Arbeiterschaftskonferenz eingeladen. Es soll verhindert werden, über folgende Materien: 1. Verbot der Verwendung von weitem Phosphor bei Herstellung von Handgranaten; 2. Verbot der gewerblichen Nacharbeit bei der Frauen mit gewissen Einschränkungen für die Versorgung von leicht verderblichen Rohmaterialien. Die durchschnittliche Arbeitszeit soll zwölf Stunden, vom Abend bis zum Morgen, betragen. Die Ausdehnung des Verbotes der Nacharbeit auf jugendliche Arbeiter ist fallen gelassen worden. Die Konferenz soll am 8. Mai 1905 im Ständeratssaal in Bern zusammen treten. —

* Dortmund, 11. Januar. Zwischen der einfahrenden Nachschicht und fremden Streikenden kam es in vergangener Nacht auf der Bucht „Felicitas“ zu einem Zusammenstoß, wobei Personen verletzt und Sachen zerstört wurden. Gendarmen nahmen fünf Männer fest. — So berichtet eifrig das offizielle Wolffsche Bureau. Es wird wohl so schlüssig nicht gewesen sein. —

Frankreich.

Vier Gruppen der Kammermehrheit berieten Mittwoch nachmittag über die Lage, die für das Kabinett durch die Wahl Doumer zum Kammerpräsidenten entstanden ist. In der Versammlung der demokratischen Vereinigung äußerten mehrere Abgeordnete die Ansicht, daß das Kabinett vor dem zu erwartenden Debatten zurücktreten sollte; andere Mitglieder gaben der gegenwärtigen Meinung Ausdruck. Zu einem Beschuß kam es nicht. Die radikale Linke beschloß, am Freitag der Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen. Auch die sozialistisch-radikale Gruppe beschloß, dem Kabinett ihre Minirung zu widmen, um es bei seiner Reformpolitik zu unterstützen. Die Linke erließ ihr erstes Vorbericht über den Auftrag, mit den Befürwortungen der anderen Gruppen, die am Donnerstag Versammlungen abhalten werden, sich ins Einvernehmen zu setzen.

Doumer hat mit seiner Erwählung zum Präsidenten ein erstes Ziel seines Ergeizes erreicht. Seit 1888 ist er Mitglied der Kammer, vom ersten Tage an ein Glied der radikalen Partei. Im Kabinett Bourgeois, wo er November 1895 bis zum April 1896 das Finanzministerium vertrat, vertrat er den Entwurf einer progressiven Einkommensteuer und legte sein Amt nieder, als er mit seinem Projekt nicht durchdringen konnte. Bald darauf gelang es ihm — wie es heißt, nicht mit den reinsten Mitteln — seine Ernennung zum Gouverneur von Indochina zu erwirken, wo er bis 1902 verblieb. Dann trat er von dieser Stelle zurück, um sich wieder in die Kammer wählen zu lassen. Auch jetzt trug er noch die Maske des Radikalismus, doch glänzte er vor allem durch Neden, die einem wachsenden Patriotismus gemahnt hätten. Um ihn sammelte sich in der Kammer, was von den Radikalen durch gekränkten Ergeiz und unbediugte Eitelkeit der Regierung verhindert war, vor allem die Millerand-Gruppe, die gewesenen Minister Waldeck-Rousseau, Doumer wurde wieder zum Präsidenten der Budgetkommission gewählt und wußte diesen Ausdruck zum Herde der Intrigen gegen Combes zu gestalten. Der angebliche Radikale ist längst zum Liebling der Nationalisten und Melanisten geworden. —

Der russisch-japanische Krieg.

Port Arthur und die Zensur.

Über russische Zensurstückchen aus Aulach des Falles Port Arthur wird aus Petersburg berichtet. Als trotz aller Vorsichtsmaßregeln die Nachricht von der Übergabe der Festung bekannt geworden war, schrieb der „Russki Invalid“, daß amtliche Militärblatt: „Die gegenwärtige Lage Port Arthur erregt in Japan große Nervosität und Bejorgnis, da der Fall der Festung in naher Zukunft nicht erwartet wird.“ Noch bezeichnender ist die Behandlung, die dem Moskauer Blatt „Novosti Dne“ zuteil wurde, das seinen Artikel über den Fall Port Arthur spät in der Nach dem Zensor vorlegte. Der Artikel wurde vom Zensor in der Weise geändert, daß alle Worte „Übergabe“ oder „Fall Port Arthur“ durch das Wort „Krieg“ ersetzt wurden. So las man am nächsten Tage in dem Blatt folgenden Unsinn: „Das große Ereignis des Tages, das Millionen von Menschen in tiefsten Kummer stürzen wird, ist der . . . Krieg. Ganz Russland wird Trauer anlegen, nicht die amtliche Trauer, die wir haßen, sondern die Trauer des verlorenen nationalen Stolzes wegen des jurchtbaren . . . Kriegs. Japan wird über den Krieg frohlocken und Japan hat volle Berechtigung, auf seinen Erfolg stolz zu sein.“ Dabei sind die Russen einigermaßen an Krieg gewöhnt. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Petersburg, 12. Januar. Die „Novosti Dne“ gibt eine japanische Meldung wieder, wonach in Port Arthur noch Eis, Mehl und Salz für zwei Monate, sowie 2000 Pferde vorhanden gewesen seien, und daß dieerhalb die Generale Smirnow, Kod und Gordowitsch gegen eine Kapitulation im Kriegsrat gestimmt hätten. Das Blatt befürchtet, daß wegen des Antagonismus zwischen General Smirnow und General Stössel eine Zandalatjaré herauswachsen dürfte. —

Hd. Wien, 12. Januar. Die Zeichnungen auf die russische Anleihe in Böhmen werden in heisigen unterrichteten Finanzkreisen auf zirka 25 Millionen Rubel geschätzt. Hierüber haben die tschechischen Banken mehr als die Hälfte abgeschrieben. —

Hd. Petersburg, 12. Januar. Das Gerücht von der Mission des Ministers des Innern Sviatowitsch erhält sich hartnäckig. Als sein Nachfolger wird Witte genannt. Der Wechsel soll sich bereits in den nächsten Tagen vollziehen. —

Hd. Wien, 12. Januar. Hier traf aus Petersburg die Nachricht ein, daß Stössel zur Wiederherstellung einer Gesundheit an den Gardasee kommt. —

Hd. Lemberg, 12. Januar. In Czernowitz hat eine neue Demonstration der Sozialdemokraten stattgefunden. Ein Gendarmeriehauptmann wurde, als er den Demonstranten die rote Fahne entreißen wollte, getötet, ein Wachmann schwer verletzt. Die Sozialdemokraten in Czernowitz kündigten an, sie würden bei den bevorstehenden Feierlichkeiten noch größere Demonstrationen ausführen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Januar 1905.

— Die „Volksstimme“ und die Postzeitungsliste. In letzter Zeit erhalten wir sehr viel Klagen darüber, daß unsere Leser auf dem Lande Schwierigkeiten bei Abonnement unseres Blattes gemacht werden. Die hetzen Postvorsteher, Postagenten usw. auf kleinen

I. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(115. Sitzung.)

Berlin, 11. Januar, 1 Uhr.

Um Bundesstaatlich: Dr. Nieberding.

Die

zweite Sitzung des Staats für 1905

beginnt mit dem Etat für den Reichstag, der debattiert angenommen wird.

Bei dem Reichsjustizetat wird auf Antrag Müller-Sagan (Frei. Bp.), dem Abg. Erzberger (Gr.), widerspricht, Präs. Graf Ballerstrem aber beipflichtet, die Resolution Müller-Meiningen betr. Regelung des Fremdenrechts zuerst zur Beurteilung verlangt, daß die Gegenseitigkeit gemäß § 102 und 103 des R.-St.-G.-B. a) nur nach ordnungsmäßig veröffentlichten und genehmigten Staatsverträgen und b) nur solchen Staaten gewährt wird, welche nach ihrer eigenen inneren Verfassung eine Verbürgung der Gegenseitigkeit gewährleisten können. Die Resolution will ferner Verträge über die Auslieferung fremder Staatsangehöriger dem Recht vorbehalten und verlangt abschlägige Auskündigung der Auslieferungsverträge der Einzelstaaten.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Frei. Bp.): Der Königsberger Hochverratsprozeß hat in weiten Kreisen den Verdacht erweckt, daß hier eine Verquälung von Politik und Recht vorgenommen sei. Im preußischen Abgeordnetenhaus ist uns lebenswerte genügende Ausklärung gegeben worden und der Verdacht ist noch nicht zerstreut. Nach unserer Überzeugung hat sich durch diesen Prozeß die Staatsanwaltschaft und das Gericht in Königsberg und vor allem auch das preußische Justizministerium blamiert. (Glöckel des Präsidenten.)

Präs. Graf Ballerstrem: Sie dürfen von dem Ministerium eines Bundesstaates nicht sagen, daß es sich blamiert hat. (Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen fortlaufend: Ich hoffe, durch die Tatsachen, die ich noch aufzuzeigen werde, Ihnen zu zeigen, daß das Justizministerium sich blamiert hat. (Präs. Graf Ballerstrem nicht mit dem Kopfe.) Mit dem Königsberger Prozeß hat die Regierung der äußeren Linken einen großen Dienst erwiesen, bei der gerade zu dieser Zeit manches nicht klappete. (Lachen b. d. Soz.) Schwere Fehler sind bei dem Verfahren gemacht worden. Eröffnungsbeschluss und Voruntersuchung charakterisierten sich als Scheinhandlungen. (Sehr richtig! b. d. Frei.) Die Verwendung gefälschter Überzeugung und der Umstand, daß man nicht einmal ein russisches Strafgelegebuch aufschlug, zeigt, mit wie unerhörtem Leichtsinn gewisse Handlungen gewisser Behörden vorgenommen sind. (Sehr richtig! b. d. Frei.) Daß man die Anklageschrift nicht vorlegte, war eine Geheimschreibung schärfster Art. (Sehr richtig! links.) Wie konnte in einem Falle, der geradezu von Weltbedeutung ist, mit einer solchen Oberflächlichkeit vorgegangen werden? Bei den Fälschungsgeschichten sollte eigentlich der Reichsanwaltsche Recht und Antwort stehen. Wie kommt Deutschland sich eine derartige Behandlung von dem russischen Generalkonsul gesessen lassen? (Sehr richtig! links.)

Ist im Justizministerium die Frage der Gegenseitigkeit überhaupt nicht geprüft worden? Das halte ich für undenkbar. (Marx! b. d. Soz.) Wertwürdigerweise sind der Referent des preußischen Justizministeriums und der russische Generalkonsul in den gleichen Fehler über die betreffenden Paragraphen des russischen Strafgelegebuchs verfallen, so daß man demnach auf den Gedanken kommen könnte, daß sie beide miteinander in Verbindung ständen. Auch der Urlaub des Referenten, der über eine so wichtige Sache zu berichten hatte, ist in einem derartig disziplinierten Staat wie Preußen außerordentlich merkwürdig; mußte doch selbst die russenfreundliche „Post“ hier einen Alt ungehöflichen bürokratischen Schleuderanzug konstatieren. Auch daß ein blutjunges Assessor als Richter herangezogen wurde, war eine offenkundige Provokation des Justizministers. — Ich habe zwei Fragen an den Reichsanwalt zu richten: 1. Was denkt er gegen das Verfahren des tschechisch-russischen Generalkonsuls in Königsberg zu tun? 2. Wie stellt er sich zur offensären Verhöhung deutscher durch russische Gerichte, die sich weigern, die deutschen Verteidiger einzulassen?

Die praktische Frage, die der Prozeß uns aufdrängt, ist die: wie können wir für die Zukunft einer Wiederholung solcher Fälle vorbeugen? Die Herren von der äußersten Linken verlangen einfach Streichung der § 102 und 103. Sie werden aber selbst nicht glauben, daß sich dafür eine Mehrheit im Reichstag finden wird. Unsere Anträge bedienen auf alle Fälle, wenn sie angenommen werden, einen positiven Fortschritt; übrigens sind wir ja etwaigen Verbesserungsanträgen durchaus nicht abgeneigt. Die Annahme unserer Anträge verhindert wenigstens die Wiederaufnahme der standhalben Vorgänge in Königsberg und stellt Auslieferungsverträge unter die wirkame Kontrolle des Reichstags. Nach seinen gegenwärtigen Rechtszuständen kann Russland überhaupt keine Gegenseitigkeit verbürgen. (Sehr richtig! links.)

Im Februar b. J. hat der Justizminister zum Schaden der Angeklagten im Abgeordnetenhaus wiederholt behauptet, ein nicht unerheblicher Teil der von ihnen verbreiteten Schriften sei hochverräterischen, anarchistischen Inhalts.

Die Zitate, die er zum Beweise vorbrug, waren so unvollständig, daß man den Eindruck gewinnen mußte, sie seien gefälscht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber unter den Tausenden von beschlagnahmten Schriften war auch nicht eine anarchistische. (Hört, hört!) Das hat die Staatsanwaltschaft beim Prozeß offen eingekannt und die Verteidigung erfuhr, im Plädoyer diese Frage nicht erst zu behandeln, weil hochverräterische Schriften ganz sicher nicht in der Masse vorhanden seien. (Hört, hört! links.) Und doch war der Anarchismus das Schredgespenst, mit dem der Reichsanwalt, der Justizminister, der Minister des Innern die Abgeordneten im Landtag und hier gruselig gemacht haben.

Gedankt habe ich, im Februar, glaubte der Justizminister sich einen ausgesuchten Abgang zu sichern, als er damit schloß, daß die Sozialdemokratie hier den Anarchismus fordere. Das machte Eindruck, weil gewisse Herren, wenn sie nur das Wort Anarchismus hörten, sofort von einer Gänsehaut überlaufen werden und jede Überlegung verhindern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber weder der Staatsanwalt in Königsberg in der Anklageschrift, noch der Justizminister in seiner längeren Rede vom 10. Dezember haben das Wort Anarchismus auch nur einmal gebraucht. Das Schredgespenst war ein Phantasm, das im Lichte der Daseinlichkeit des Prozesses zerstießen mußte. Und wie war es mit der zweiten Behauptung des Ministers, daß es sich um Schriften hochverräterischen Inhalts handle? Der Prozeß hat sie als Unwahrheit erwiesen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Urteil besagt: „Die Ausschreibungen über die Notwendigkeit des Anarchismus und einer gewaltsamen Verfassungsänderung sind durchweg völlig allgemein und weitreichend.“

Die Ausschreibung oder eine Befragung daran kann aus den Schriften nicht abgeleitet werden.“ So das Gericht über die wenigen „bluttriefenden“ unter den Tausenden von Exemplaren, die übrigens rein historisch und nicht zur Verbreitung bestimmt waren.

Die Einleitung des Königsberger Prozesses ist um so ungewöhnlicher, als sowohl bei der Begründung des § 102 im Reichstag, im Jahre 1876, als in den Kommentaren des Strafgelegebuchs die Begründung des Paragraphen lediglich für Kriegssäume ins Auge gebracht ist. Es ist nicht einem Menschen eingefallen, einen Deutschen damit zu treffen zu wollen, der bei der Verbreitung von Schriften, die nur nach ausländischen Gesetzen verboten sind, mitwirkt. Damals, 1876, betonte der Zentrumsprediger Abg. Windfuhr, daß nichts fataler wäre, als eine Betrübung der Politik mit dem Strafrecht. Damals hatten die Herren vom Zentrum die Lieferung von Waffen von deutschen Schriften

einfach alle Eigenschaften des modernen Völkerrechts über den Haufen geworfen. Auch von nationalliberalen und ultramontanen Seite ist im Abgeordnetenhaus eine Reform verlangt worden. Der konservative Abg. Ballerstrem bat dagegen den Verteilung von 1904 als den Grund für Preußens künftige Rechte bezeichnet (Große Hinterfront links!) Nach diesem konservativen Herren haben wir also die Errichtung des Deutschen Reiches nur der Gründung des damaligen Preußen zu danken. (Hört, hört! links.) Der hauptsächlich-rechtsfreudliche Prozeß hat auch in der Kammer der Reichsräte die heftigste Opposition gefunden. Herr v. Hammerstein erklärt, daß unter seiner Amtsleitung politische Flüchtlinge nicht ausgeliefert worden sind. Sie sind aber ausgewiesen worden, ohne daß man ihnen die Wahl der Grenze frei ließ. Wir verlangen, daß der Ausgewiesene unter allen Umständen die freie Wahl der Grenze hat. (Sehr gut! links.)

Herr, das kleine Hessen, beschämte trotz der nahen verbandelschaftlichen Beziehungen des Darmstädter und des Petersburger Hofes Preußen und Bayern durch seinen Vertrag mit Russland vom Jahre 1869, der die Delikte genau aufzählt, eine Menge Rechtsgarantien bietet und das politische Asylrecht aufrechterhält. (Hört, hört! links.) Nun noch einmal unsre Forderungen zusammenzufassen: Wir verlangen die Aufrechterhaltung des politischen Asylrechts, das Enumerationsprinzip und die Auslieferung nur auf Gerichtsbeschuß, sowie den Abschluß von Auslieferungsverträgen ausschließlich durch das Reich. Es handelt sich um eine kulturelle Frage ältester Ranges, und so bitten wir denn im Interesse der Kultur das Haus, unsre Anträge anzunehmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Nach meiner Meinung würde es gut sein, wenn sich der Reichstag auf die Beurteilung von Prozeß, die noch schwelen, nicht einlassen würde. Ich kann nicht zugeben, daß Fehler von symptomatischer Bedeutung bei diesem Prozeß aufgetreten sind. (Widerprosch lins.) Erst die Entscheidung des Reichsgerichts kann uns in die Lage sehen, zu beurteilen, ob der Prozeß zur Änderung der Strafprozeßordnung Veranlassung gibt. (Von den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs bleiben viele wegen der leisen Stimme des Redners auf der Tribüne unverständlich.) Soviel ich weiß betrachtet der Reichsanwalt die Gegenseitigkeit als auch von Russland verbürgt. (Hört, hört! links.) Den Einzelstaaten ist das Recht, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, durch die Reichsverfassung verbürgt; es kann ihnen nur durch Reichsverträge über die Auslieferung fremder Staatsangehöriger genommen werden. Der Reichsanwalt wird jeldostend zur Abhöhlung solcher Verträge geneigt sein, wenn sie durch die deutschen Interessen gefordert werden. Bis dahin kann er nicht in die rechtsverfassungsmäßig garantierten Rechte der Einzelstaaten eingreifen.

Abg. Lucas (natl.): Auf den Königsberger Prozeß will ich nach den ausführlichen Darlegungen des Kollegen Müller und den voraussichtlich noch ausführlicheren Darlegungen des Kollegen Hoyle (Heiterkeit) nicht eingehen. Ein Ruhmesblatt der deutschen Rechtspleiße bildet er jedenfalls nicht. Die Resolution Müller-Meiningen erreicht uns durchaus begrüßt. Die Paragraphen 102 und 103 sind in ihrer jetzigen Form auf die Dauer unerträglich. Wohl verlangt das gemeinsame Interesse der Kulturstaaten, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten zu bestrafen. Aber unser Interesse an der Kulturrechtshaltung bricht nicht größer zu sein, als daß der befreundeten Staaten. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen auf auswärtige Staaten Rücksicht nur in dem Maße zu nehmen, als in ihnen auf unsre Reichsangehörigen Rücksicht genommen wird. Die Ausführungen des Reichsjustizsekretärs können uns nicht bestimmen, der Resolution Müller-Meiningen unsre Zustimmung zu verjagen. (Beifall links.)

Abg. Haase (Soz.): Mit einer leichten Handbewegung glaubte der Reichsanwalt bei der ersten Erörterung über den Königsberger Prozeß hinweggehen zu können. Es hande sich nur um juristische Meinungsverschiedenheiten, meinte er. In diefele Kerbe hieb heute der Staatssekretär. Aber beide haben damit Unrecht gehabt. Als im Februar vorigen Jahres über den Alten noch volles Geheimnis lag, ritt auch der preußische Justizminister noch auf seinem Ross keck in die Arena des Abgeordnetengauzes und schwang lässig die Waffen gegen die dort nicht antwortenden Sozialdemokraten. Bei der zweiten Interpellation im Abgeordnetenhaus über Königsberg, am 10. Dezember vorigen Jahres, ritt er freilich nur noch einen recht abgezehrten Klepper (Heiterkeit), um nach seinem eignen Ausdruck ein „Sündenbekenntnis“ abzulegen. Darüber später. zunächst sei dem Reichsanwalt gegenüber festgestellt: Wenn je ein Prozeß symptomatisch war für Deutschland und die deutsche Rechtspleiße, so war es dieser. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es handelt sich nicht um juristische Meinungsverschiedenheiten, sondern darum, wie ohne die geringste Gewissenhaftigkeit ein politischer Prozeß eingeleitet worden ist, wie unter Verlegung von Recht und Gesetz neun Angehörige des Deutschen Reiches monatelang in Untersuchung gehalten worden sind, wie die deutsche Regierung das absolutistische russische Reich angestellt hat, Strafantrag zu stellen und wie es von russischen Vertretern auf deutschem Boden die argste Verhöhnung deutscher Behörden ruhig hingenommen hat. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Im Februar b. J. hat der Justizminister zum Schaden der Angeklagten im Abgeordnetenhaus wiederholt behauptet, ein nicht unerheblicher Teil der von ihnen verbreiteten Schriften sei hochverräterischen, anarchistischen Inhalts. Die Zitate, die er zum Beweise vorbrug, waren so unvollständig, daß man den Eindruck gewinnen mußte, sie seien gefälscht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber unter den Tausenden von beschlagnahmten Schriften war auch nicht eine anarchistische. (Hört, hört!) Das hat die Staatsanwaltschaft beim Prozeß offen eingekannt und die Verteidigung erfuhr, im Plädoyer diese Frage nicht erst zu behandeln, weil hochverräterische Schriften ganz sicher nicht in der Masse vorhanden seien. (Hört, hört! links.) Und doch war der Anarchismus das Schredgespenst, mit dem der Reichsanwalt, der Justizminister, der Minister des Innern die Abgeordneten im Landtag und hier gruselig gemacht haben.

Gedankt habe ich, im Februar, glaubte der Justizminister sich einen ausgesuchten Abgang zu sichern, als er damit schloß, daß die Sozialdemokratie hier den Anarchismus fordere. Das machte Eindruck, weil gewisse Herren, wenn sie nur das Wort Anarchismus hörten, sofort von einer Gänsehaut überlaufen werden und jede Überlegung verhindern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber weder der Staatsanwalt in Königsberg in der Anklageschrift, noch der Justizminister in seiner längeren Rede vom 10. Dezember haben das Wort Anarchismus auch nur einmal gebraucht. Das Schredgespenst war ein Phantasm, das im Lichte der Daseinlichkeit des Prozesses zerstießen mußte. Und wie war es mit der zweiten Behauptung des Ministers, daß es sich um Schriften hochverräterischen Inhalts handle? Der Prozeß hat sie als Unwahrheit erwiesen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Urteil besagt: „Die Ausschreibungen über die Notwendigkeit des Anarchismus und einer gewaltsamen Verfassungsänderung sind durchweg völlig allgemein und weitreichend.“

Die Ausschreibung oder eine Befragung daran kann aus den Schriften nicht abgeleitet werden.“ So das Gericht über die wenigen „bluttriefenden“ unter den Tausenden von Exemplaren, die übrigens rein historisch und nicht zur Verbreitung bestimmt waren.

an die aufständische christliche Bevölkerung des Landes im Fluge; hier handelt es sich nur um die Unterstützung liberales Propaganda aus Gewilligkeit gegen militärische Urfeste. Nachdrücklich war immer der Prozeß, weil nur einer der Angeklagten überhaupt ein paar Brocken Russisch verstand. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber da er die Angeklagten hochverräterische Schriften verbreitet hätten, wenn sie nur überhaupt dieser Gemeinschaft angehört haben, von der einige solche Schriften verbreitet hätten. Wozu das Nutzen des deutschen Reichsstaates nicht leiden, wenn sie etwas geschriften? (Lebhaft Beifall links.)

Die Angeklagten wußten lediglich von dem Inhalt der Schriften, die sozialdemokratisch, also nur im Sinne des sozialen Rechts revolutionär waren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber der Tonus revolutionär trieb da eine Welle wie noch nie; Es sei gleichzeitig, ob die einzelnen Angeklagten hochverräterische Schriften verbreitet hätten, wenn sie nur überhaupt dieser Gemeinschaft angehört haben, von der einige solche Schriften verbreitet hätten. Wozu das Nutzen des deutschen Reichsstaates nicht leiden, wenn sie etwas geschriften? (Lebhaft Beifall links.) Nun jemals hat sich fernher die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Kriegsverfahrens schlimmer gezeigt. Die Geheimnisschärferei, die Verhöhnung des Verteidigers usw. hat sich ganz arg erwiesen. Den Angeklagten sind wieder die inkommentierten Schriften noch auch nur die Worte ihrer Titel vorgelegt worden. (Hört, hört! links.) Als der letzte Verhandlungstag kam, stellte es sich heraus, daß während des ganzen Verfahrens der Angeklagten überhaupt kein Belastungsmaterial vorgelegt war! (Hört, hört! links.) Sonst hätte die Verteidigung überhaupt gleich im Anfang die Unhaltbarkeit der Anklage nachweisen können. Der Herr Staatssekretär bedauerte am 10. Dezember, daß sich die Staatsanwaltschaft, den authentischen Wortlaut des russischen Gesetzes nicht habe verschaffen können; — aber was nützte es, wenn wir die unkommentierten Schriften nicht kannten, und also nicht wußten, unter welchen Paragraphen sie fielen. — Aber nicht einmal die Verteidigung glaubte sich mit einer Übersetzung begnügen zu dürfen.

Wir haben uns das gesamte Material verschafft und uns alle einschlägigen Paragraphen aus dem Russischen übersetzen lassen. Was wir taten, hielten der Justizminister und der Staatsanwalt auch hin müssen. (Sehr richtig! b. d. Soz.), ehe sie die Angeklagten aus Beruf und Familie herausstrichen und aus Monat ins Gefängnis legten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf gefälschten Überzeugungen erhob sich der schuldende Herr, die die Angeklagten überwältigt hatten, auf dem russischen Generalkonsul dachte, ordnete der Staatsanwalt die Beichlagnahme der Schriften an! (Hört, hört! b. d. Soz.) Als der Wortlaut entscheidender Belege vom Generalkonsul in drei verschiedenen Übersetzungen vorgelegt wurde, hätte die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium stolz machen sollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber die Staatsanwaltschaft, die sich selbst so gern als die objektivste Behörde bezeichnet, läßt, nahe daran keinen Wunsch. Die verdammte Wahrheit und Schuldigkeit des Justizministers, der die amtliche Übersetzung des russischen Strafgelegebuchs kannte, wäre es gewesen, der Staatsanwaltschaft klar und klar zu sagen: Sie arbeiten mit falschen Paragraphen!

Geht schief man den Referenten vor, der seine Rechte antreten wollte. Das Justizministerium konnte also nicht einmal einen Verteidiger stellen! Den Verteidigern wurde zum Durcharbeiten einer Anklageschrift in 222 mit der Schreibmaschine geschriebenen Seiten nur 5 Tage gegeben. (Große Unruhe b. d. Soz.) Einer der Verteidiger verlangte einen Monat und ist abschlägig entschieden worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die anderen Verteidiger keine Beschwerde erheben und bereit waren, die Räthe durchzuarbeiten, so deshalb, weil sie im Interesse der Angeklagten, von denen der eine bereits 8 Monate in der Untersuchungshaft gelegen hatte, die Verhandlung nicht noch weiter hinauszögern wollten. Ich habe noch nie erlebt, daß ein Gericht sich mit solcher Leichtigkeit über Tatsachen hinwegsetzt. Nur so konnte die Beurteilung in der Fringe der Geheimnisschärferei erlangt werden. Bezeichnenderweise war in dem ausführlichen Protokoll über die Aussage des Kriminalamtmarschalls Wigner kein Wort zu finden. Nach dieser Aussage war der Polizei längst bekannt, daß Schriften von Königsberg aus nach Russland verbreitet wurden. Es lag aber kein Grund zum Einschreiten vor, weil diese Schriften lediglich sozialdemokratische Inhalte sind. Damit ist das ganze Märchen von der Geheimnisschärferei und Geheimnisschärferei vernichtet. Sowit von Geheimnissen die Rede war, handelt es sich darum, die Schriften vor den russischen Späfern zu hüten, die unter der Begünstigung der deutschen Behörden auf deutschem Boden herumschlüpfen. Haben wir doch damit, daß diese Tatsache im Urteil nicht berücksichtigt worden ist, unsre Anschuldung desselben begründet.

Unerhört war, daß zum Vorsitzenden in diesem Prozeß ein Mann ernannt wurde, der erst ganz kurz vorher von dem Posten eines Staatsanwalts in Erfurt nach Königsberg versetzt war. Dabei war bekannt, daß dieser Herr in seiner Tätigkeit als Staatsanwalt die allergrößten Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Vorsitzende fragte die Angeklagten, ob es ihnen nicht bekannt wäre, daß in der deutschen sozialdemokratischen Presse häufig Majestätsbeleidigungen verübt würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von der Verteidigung aufgefordert, solche sozialdemokratischen Blätter zu nennen, leistete er dann ein.

Es ist ganz klar, daß man aus hochpolitischen Gründen heraus Russland mit dem Prozeß einen Verteidiger erweitern wollte. Gute Dank! — man von Russland geradzu mit Russen regaliert werden. Auf Anfragen erfolgte weder eine eigene Antwort, selbst telegraphisch. Anfragen blieben von den russischen Beamten, ebenso unbeantwortet. Die Vernehmung des Stabs verlegte man nach wochenlanger Verzögerung der Antwort auf einen Termin, der lange nach der Sicherung Beendigung des Königsberger Prozesses lag. Hat man von deutscher Seite gegen diese schändlichen Überzeugungen irgendwie protestiert? Hat man verlangt, daß der russische Generalkonsul aus Königsberg entfernt werde. Nein, man setzt all den Schwachsinn (Abg. Bebel: Pour le mérite!) und drückt sich noch als Repräsentant der nationalen Ehre.

Es wird für die geistliche Religionsgefahr kein Grund angegeben und oana muß sie selbst wieder als Grund für einen Kindesverdacht hinhauen. Als rechter Flucherverdacht gilt die Nähe der russischen Grenze! (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Bei der Anrechnung der Unterforschungshaft sind auch die größten Unberechtigungen vorgekommen. Anger hat 8½ Monate in Untersuchungshaft. Anger hat 8½ Monate im Gefängnis. Anger wußte, daß man Anger nicht wegen Hochverrats, sondern höchstens zu 3 Monaten verurteilt hätte. Da wurde unser Antrag, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen, trotzdem nicht angenommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Rowatroski hat 5½ Monate in Untersuchungshaft gesessen, aber es wurden ihm nur 1½ Monate angerechnet. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Angeklagten gelegener haben, jenem angeblichen Geheimnisschärferei ange

schlechtestes Urteil kann erst gesetzt werden, wenn das Urteil rechtlich sein wird. Ministerium wäre es, wenn die Partei "Vorwärts" nicht in unter Ministerien eingreift, damit Deutschland sich fernher nicht vor dem Recht in den Stand wüsste. (Beifall links.)

Abg. Punkt 1 (lit.): Es wäre die erste Pflicht des Königsberger Gerichts gewesen, sich eine unparteiische Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen zu verschaffen. (Sehr richtig im Rechte mit der Eröffnung des Verfahrens. (Sehr richtig!) Trophäen gegen einzelne Punkte werden wir sie die Menge und links.) Man hat es im Königsberger Prozeß zu leicht genommen. Müller-Mehring stimmen.

Abg. Hamburger (lins.): Obwohl wir einzelne Anerkennungen der Resolution sehr berechtigt halten, können wir für die Resolution im ganzen nicht eintreten. Wir können ruhig mit der Regelung dieser Materie bis zur allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs warten. (Rachen links.)

Abg. Versteiner (Soz.): Mit Recht hat der Abg. Müller-Mehring auf die Rechtslosigkeit der Ausländer in Deutschland hingewiesen. Die empörende Behandlung der russischen Untertanen Anna Person steht schändlich allein. Personen, die ohne jede politische Betätigung ihrem Berufe leben, sehen sich der Willkür des untergeordneten Polizeiorgane freigegeben. In allen anderen Kulturländern, in Belgien, Dänemark, England usw., sind die Ausländer weit besser geschützt; nirgends liegt dort die Ausbildungsbefreiung in der Hand untergeordneter Polizeiorgane. Wir müssen dafür sorgen, daß die Ausländer in Deutschland nicht schlechter behandelt werden, als die Deutschen im Auslande. Wir werden für die Resolution Müller-Mehring stimmen, werden aber bei einem späteren Titel noch eine weitergehende Abänderung beantragen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Lenzmann (Freis. Op.): Der Staatssekretär hält die Stunde für ungeeignet, über einen schwelbenden Prozeß zu verhandeln. Ich glaube, die Stunde war schon recht, aber der Vertreter des Reichslandes ist recht ungeeignet, ihn in solchen Dingen zu vertreten. (Heiterkeit links.) Wenn Unrecht geschieht, so muß gleich dagegen protestiert werden, nicht erst nach zehn Jahren. In dem Urteil haben wir keine Kritik geübt, sondern daran, daß der Prozeß nicht auf dem Boden des Rechts, sondern davon, daß der Rechtsprechung eingeleitet worden ist. Ich behaupte, daß das russische Gesetz der deutschen Regierung bekannt war, und daß die Überprüfung erst ad hoc in der bekannten Fassung hergestellt worden ist. (Hört, hört, links.) Wenn der Staatssekretär sich nicht für geeignet hält, solche Zustände zu beseitigen, so empfehlen wir ihm, baldigst zurückzutreten. Die verbündeten Regierungen wollen uns ihre Beurachtung der Sache dadurch ausdrücken, daß weder der Reichslandes noch der preußische Justizminister anwesend sind. (Hört, hört, links.) Es muß ein Ende gemacht werden mit der Dienstbiederei gegen ein Land, das in der Reihe der Kulturstädte nicht mehr genannt zu werden verdient. (Schäferer Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Niederding: Ich lege im Namen des Reichslandes entschieden Vertheidigung dagegen ein, daß hier in dieser Weise von einem Stadte gesprochen wird, mit dem uns wichtige internationale Interessen verbinden. (Abal und Lachen links. — Sehr richtig! rechts.) Was würden Sie sagen, wenn in dieser Form in einem Parlament des Auslands über das Deutsche Reich gesprochen würde? (Abg. Stadtthagen: Im russischen Parlamente?) Der Reichslandes hat das Recht, sich durch die Staatssekretäre vertreten zu lassen. Er kann namentlich in dem jetzigen Stadium seiner Geschäfte nicht zu jeder Reichstagssitzung erscheinen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das die Abwesenheit des preußischen Justizministers betrifft, so ist es das Recht jedes Bundesratsvollmächtiger, hier zu erscheinen oder nicht. Der preußische Herr Justizminister hat im Abgeordnetenhaus ausdrücklich vorgelegt, welches der Sachverhalt im Königsberger Prozeß. — (Abg. Lenzmann: Nicht gewesen ist. — Heiterkeit und Sehr richtig! b. d. Soz.) gewesen ist, er ist nicht verpflichtet, hier nochmals zu erscheinen.

Wenn Herr Benzmann das Königsberger Urteil eine Rechtsverletzung genannt hat, so muß ich gegen diese Verurteilung eines deutschen Gerichtshofs entschieden Vertheidigung einlegen.

Damit schließt die Debatte über die Resolution Müller-Mehring - Hamburger. Persönlich bemerkt Abg. Lenzmann (Freis. Op.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. Das ist ganz etwas anderes.

Die Abstimmung über die Resolution wird bei der dritten Lesung vorgenommen werden.

Das Haus fährt fort in der Generaldebatte über den Staat der Justiz im Wahlkreis beim Titel „Staatssekretär“. Abg. Erzberger (lit.): Noch keiner der Resolutionen, die wir im vorliegenden Jahre zum Teil einstimmig, bei diesem Staat angemessen hatten, ist vom Bundesrat folge gegeben worden. So ist es in der Frage der Entschädigung jährliche der Automobilfahrer, die die Schweiz insgesamt bedrohend gelobt hat, nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Die Sicherung der Rechte der Kaufleute ist noch nicht erfolgt und als Antwort auf unsere Forderung der Selbstverteidigung und Selbstbehauptung wegen politischer Verfolgungen haben wir in jüngster Zeit den Fall Hünener erlebt, der einen Schatz der Enttäuschung in der ganzen Föderation hervorgerufen hat. Neben der Konfrontanz der Zuchthaus- und Gefängnisbehörden fliegt das Handwerk nach wie vor. Wir fordern daher jetzt die Regierung auf, uns möglichst eine Statistik über die Art und Ausdehnung der Gefangenensarbeit vorzulegen. (Bravo im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Niederding: Da der Prozeß der Hauptfahrt der Automobilfahrer und die Errichtungen vor den geistigen Begiebten vorgeführt, aber die Initiativen müssen wir der preußischen Regierung überlassen. Die Polizei zur Bauhofsübertragung liegt dem preußischen Staatsministerium vor; findet die deren Zustimmung, so wird sie dem Bundesrat zugesandt. Die Resolution betr. Bekämpfung politischer Gefangener habe ich der Freiburger Kommission übertragen. Für den Fall Hünener ist die Militärverhafnung deskommtisch. Über die Gefangenensarbeit ist gegenwärtig eine Statistik aufgestellt. Ob wir die Größe einer solchen Statistik jährlich werden leisten können, ist eine neue Frage.

Heraus verkündet das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, 1 Uhr.

Zeitung 514 Uhr. —

Aus der Parteibewegung.

„Leipziger Volkszeitung“ kontro „Vorwärts“. Im Leipziger „Vorwärts“ finden wir folgende Erklärung:

In Nr. 295 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Dezember 1903 in unter der Überschrift „Eine Abwehr“ ein Artikel, unterzeichnet J. R. d. I. Franz Rehberg erachten den Prozeß gegen Verfeindungen des „Vorwärts“ über einen für unsre Parteipresse unerreichbaren Ton der Polizei richtet. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat im Recht Abstand genommen, in einer Erörterung auf die Beschuldigungen einzutreten, die Genosse Rehberg gegen sie erhoben hat, sie hat im Interesse der Partei gehinweggen und die Unschuldigkeit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Parteiorgan bestellt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des „Vorwärts“ handeln die Unterzeichneten im Begriff, mit dem Artikel Rehbergs zu beschäftigen.

Von den Anklagungen, die Rehberg gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung

gebracht. Der „Vorwärts“ soll „wölfentlich unwahr“ über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Arbeiterpresse berichtet haben. Er soll die „die Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse keine Tat begangen haben“, die sich würdig neben die Tat stellt, die den Minister „Hammerstein am Anna Person“ vollbracht hat; dies sei eine Tat, die durch das Dichtwort gefestigt wird: „Sieht hier das Trauerspiel der letzten Woche“. Der „Vorwärts“ soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungewöhnlichen Mittel und seines weiten Verbreitungsbereichs äußerst nicht einmal so viel propagandistische Werbe Kraft zu entfalten vermöge, wie die meisten mittleren und selbst kleinen Parteiblätter trotz ihrer unzähligen Mittel entfalten“. Der „Vorwärts“ soll „durch seine blöden Sensationen al la Krupp und Kaiserin selbst die Partei aufs äußerste „blöhdreist“ haben“. Der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipielle Mitleid der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“.

Wir haben keinen Ansatz, die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Anklagungen zu verteidigen, deren Gehässigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist.

Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipielle Mitleid der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin- und herschwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Parteivorstand und die Preiskommission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aussicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenenden Ansichten öffentlich ausgesprochen. Niemals aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehrling in den oben zitierten Auseinandersetzungen geschehen ist.

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herauswürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Vertheidigung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehrling gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beliebt. Eine derartige Kampfweise gegen ein Partei-Organ muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.

Berlin, den 11. Januar 1905.

Der Parteivorstand.

Die Preiskommission des „Vorwärts“.

Bei den Stadtoberbaurichterwahlen in Magdeburg erhielten in einem Bezirk in der zweiten Abteilung die bürgerlichen Kandidaten Lehndorff und Guidowitsch je 70 Stimmen, während für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genosse Ramelow 59 Stimmen abgegeben wurden. Bei der notwendig gewordenen Auslösung zwischen den bürgerlichen Kandidaten fiel Guidowitsch aus, so daß eine Stichwahl zwischen unserm Genossen Ramelow und Herrn Lehndorff stattfinden muß. Offiziell gelingt es unserm Genossen in Magdeburg, auch einen Vertreter der zweiten Wählertafel in das Stadtparlament einzuzutragen. —

Parteisekretär gesucht. Die Parteigenossen im Reichstagswahlkreis Berlin-Stadt und Land habe ihre beiden Parteiorganisationen in eine einzige verschmolzen. Die Arbeiten sind dadurch derartig gewachsen, daß sie nicht mehr im Nebenamt bewältigt werden können. Zufolgedessen beschloß man, zum 1. März einen besoldeten Parteisekretär einzustellen. Das Amt wird im „Vorwärts“ ausgeschrieben werden. —

Das Grab von Karl Marx. Die Breslauer „Volkswoche“ veröffentlicht die Zukunft eines Freundes aus London, der fürzt daß das Grab von Karl Marx besucht. Dersele „Welt“ darf darin, der verstaubt das Grab unter großen Verdächtigkeiten in einem der oben drittköpfigen Londoner im dem Kommunistischen Arbeiter-Bildungverein ist, der sagt werden daß man nicht leicht verirrt hätte, einen Denkstein zu legen, die Mutter hätten jedoch nicht ausgerichtet. Der „Vorwärts“ hält diese Mitteilungen richtig: Karl Marx hat darüber bei Lebenszeit die Errichtung eines Denkmals noch seinem Tod verboten. Als die Parteileitung kurz nach Marx' Tod ein Friedhof Engelstadt und sich erbot, einen Denkstein für Marx' Tod zu legen, gab ihr Engelstadt stunde von der Befreiung des Befreiungskampfes unterfallen hätte Engelstadt für einen Denkstein gefordert. Daß das Grab von Marx in verstaubtem Zustande ist befindet in keinerlei, aber das habe der Londoner Kommunistische Arbeiter-Bildungverein leicht verbünden können. Dazu bricht er wohl die Partei. Es dürfte nun mehr Sache des Parteivorstandes sein, hier Wandel zu erwarten. —

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Warnung für Tischler und Maschinenarbeiter! Nach wochenlangem Verhandeln zwischen den beiderseitigen Organisationen ist am Dienstag endlich Frieden in Berlin geschlossen worden. Auf zwei Jahre wurden terrifische Vereinbarungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen abgeschlossen. Der Stein des Anstoßes — der Zinnungszahnwais — ist aus dem Gege geräumt. Mit dem 1. Juli d. J. wird ein paritätischer Arbeitsnachweis eingeführt. Auf die einzelnen Fragen einzugehen erübrigt sich, da das die Zeitung nachholt. Den Holzarbeiterverband „Klein zu Kriegen“ ist nicht gelungen. Im Gegenteil — gefröhlicher denn je geht dersele zu diesem Kampf hervor. Der Mensch, daß tarifliche Vereinbarungen auch in der Holzindustrie möglich sind, ist von Berlin glänzend erbracht worden. Die wichtigste Kragt für die Holzarbeiter und Maschinenarbeiter ist die, daß die Berliner Arbeitgeber jetzt ihre ausgesetzten Arbeiter einzuhallen müssen, weshalb es gerechtlich einen jeden ist, Berlin vorläufig noch zu meiden.

Überwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches jüngst der Verband der Bäckergesellen veröffentlicht hatte, hatte das preußische Ministerium durch die Getreidebeamten Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. Die Gewerbeaufsichten erfüllten nun in einem Gutachten, in den

Städte, Bäckereien, Brotwaren und verdeckte Verborgenheit der Bäckereien zu erlassen. Nur das Land waren sie ebenfalls dringend nötig. Und noch wichtiger wäre, daß dann in die Durchsetzung der Vorschriften wenig gezeigt wurde. —

„Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.“ Die Bergarbeiter in Steineholz halten aus. Das Oberbergamt hat bisher zur Verhinderung der Bäckereien zu erlassen. Nur das Land waren sie ebenfalls dringend nötig. Und noch wichtiger wäre, daß dann in die Durchsetzung der Vorschriften wenig gezeigt wurde. —

Provinz und Umgegend.

Dresden, 12. Januar (Gemeindevertretersitzung.) Auf der Tagesordnung der am Freitag den 13. d. M. stattfindenden Sitzung steht folgendes: 1. Wie stellt sich die Gemeindevertretung zur Anregung des Herrn Landrats betr. Gründung einer Volksbibliothek? 2. Stellungnahme zu dem Neubau hinter dem Bistüglich Grundstück. 3. Antrag des Leichtmetallwerkes um Erhöhung der Gehälter bei Leichtmetallwerken. 4. Feststellung der Gebühren bei Begräbnissen Nichtortsansässiger. 5. Die Privatiers Max Gottschalk und Peter Schwan haben beantragt, die Gemeinde solle nach ihrem Ableben die Instandhaltung ihrer Gräber übernehmen. 6. Beratung in Armenfischen. 7. Belehrung, fassung über das zu erhebende Pfastergeld von dem Maurer Gustav Schröder für den in Aussicht genommenen Neubau. —

Dresden, 11. Januar. (Gründung eines national-liberalen Vereins.) Am letzten Sonnabend wurde hier in einer im „Gasthof zum Landhaus“ abgehaltenen Versammlung nach einem Referat des Generalsekretärs Braun aus Magdeburg die Gründung eines nationalliberalen Vereins beschlossen. In seinem Referat führte der Redner aus: Die beste Bekämpfung der Sozialdemokratie ist in einer an Zahl und Inhalt gesteigerten Beteiligung des Bürgertums am politischen Leben zu sehen. Aber fesseln und fördern können da nur eine bestimmte politische Richtung. Sammelvereine, die es allen recht machen wollen, verschämen nur das politische Leben und schrecken giebene Männer ab. Krank und sie wird der neugeborene Verein ins Leben treten und die Bekämpfung der Sozialdemokratie aufnehmen, denn der nationalliberalen Partei wird es doch nicht gelingen, eine „an Zahl und Inhalt gesteigerte Beteiligung des Bürgertums am politischen Leben“ zu werden. Sie, die Partei „Weiterfahne“ zeigt doch keine bestimmte politische Richtung. Mit Recht sagte ihr eigener Redner, daß nur eine solche fesseln und fördern könne. Gester entschiedener Standpunkt und Nationalliberalismus sind zwei unvereinbare Dinge.

Klein-Ottersleben, 12. Januar. (Parteiversammlung.) Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonnabend den 14. Januar die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfindet. Pflicht eines jeden ist es, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich zu erscheinen. Die bisher noch nicht politisch organisierten Genossen sollten nicht säumen, bald dem Verein beizutreten. —

Artern, 10. Januar. (Arbeiterrisiko) Im hiesigen Elektrizitätswerk kam der 30 Jahre alte Maschinenheizer Seyfarth in die Betriebsräder. Er wurde gänzlich zerstört und sofort getötet.

Aschersleben, 12. Januar. (Bei im Rangieren getötet.) Auf dem hiesigen Bahnhof wollte am Dienstag abend der Hilfsweichensteller Rockmann beim Rangieren Wagen aneinander koppeln. Er ist wahrscheinlich dabei ausgeglitten und unter die Räder geraten. Mehrere Wagen gingen über ihn hinweg und zermalmten ihm beide Unterschenkel, die ihm in Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, abgeschnitten wurden. Er ist aber bald seinen Schrecken überlebt.

Biere, 11. Januar. (Das Wahlergebnis) können die Parteigenossen am 12. Januar, abends, im Lokal des Gastwirts Höhne erfahren. —

Erfurt, 12. Januar. (Explosion.) Ein schweres Unglück ereignete sich im Gasthof von Gustav Halle im nahen Knoospelben. Halle begab sich mit einem offenen Lichte in die Nähe eines Kesselheizkörpers, um eine Reparatur vorzunehmen. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion, durch welche H. mit großer Wucht durch die Tür geschleudert wurde. Er blieb mit schweren Brandwunden am Kopf und an dem ganzen Körper bewußtlos liegen. Sein Zustand ist bedenklich. —

Gommern, 12. Januar. (Sittlichkeits-Berbrechen.) An dem 11jährigen Schulmädchen Anna Brzeizang aus Breyen, das sich auf dem Nachhauseweg von der katholischen Schule in Gommern befuhr, wurde im Walde zwischen Breyen und Gommern von einem etwa 30-jährigen Mann ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Täter ist entkommen. —

Halberstadt, 12. Januar. (Kartellisierung.) Heute am Donnerstag abend findet im Gewerkschaftshaus die erste Kartellisierung im neuen Jahre statt zu welcher die neu gewählten Delegierten zu erscheinen haben. Es ist eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Pünktliches Erscheinen ist daher erforderlich. —

Halberstadt, 11. Januar. (Die Kartoffeln.) Diebstahl in Zilly. Am 14. April 1903 wurden in Zilly aus einer an der Chaussee stehenden Scheune 13 Sack Kartoffeln im Werte von 30 M. gestohlen. Deshalb war der Handelsmann Hermann Schönsfeld aus Zilly am 24. Juni 1903 angeklagt. Schönsfeld wurde damals freigesprochen. Gest steht, daß die Kartoffeln damals von zwei anderen Bürgern ihrem eigenen Geständnis nach gestohlen waren. Befürchtlich führte die Verhandlung vom 24. Juni 1903 noch zu dem bekannten Meineidprozeß im März 1904. Am 15. August d. J. nun beschloß die hiesige Strafammer II dem Bederaufnahmeverfahren, das die Staatsanwaltschaft beantragt hatte, stattzugeben, so daß heute um des Dienstahls willen wiederum Termin ansteht. Nach bedeutender Befreiung wird Beratung beschlossen zum Zwecke der Finanzielle Inanspruchnahme der Scheune um, in Gegenwart aller Prozeßbeteiligten und des beauftragten Richters. —

Halle, 12. Januar. (Kindesmord.) Das Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen die 24 Jahre alte Arbeiterin Marie Anna Hermann aus Delitzsch, welche beschuldigt ist, in der Nacht zum 18. November in Delitzsch ihr Kind gleich nach der Geburt durch Erdrosseln getötet zu haben. Die Verhandlung fand unter Austritt der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagte, welche bisher unkastriert und geständig ist, wurde zu 2 Jahren + Monaten Gefängnis verurteilt und 1 Monat durch die Haft als verbüßt angeordnet. —

Nordhausen, 12. Januar. (Das Stadtparlament und die Gewerkschaften an den Kronprinzen.) Gegen eine Stimme beschloß die letzte Stadtoberbaurichterwahlen, sich an dem Hochzeitsgefecht der preußischen Städte für den Kronprinzen zu beteiligen, was für die Stadt 1200 bis 1500 Mark betragen wird. Von der Gewilligung zustimmenden Stadtoberbaurichter wurde zu dem Kasten eine Entlöschung dahin abgegeben, daß man gewünscht hätte, daß statt eines überzeugenden Prunkaufzuges für eine halbe Million eine dem 1903 allen Kasten er d. Z. entsprechende, vom Kronprinzen selbst zu bestimmden Verwendung der Summe seitens des Städtevorstandes vorgelegten wäre. Warum haben denn die Herren für ihre Stadt nicht einen diesbezüglichen Antrag gestellt? —

Stiege, 12. Januar. (Zugangserlaubnung.) Infolge der großen Schneemassen, die in vorletzter Nacht zwischen Stiege und Friedrichsberg niedergestanden sind, entgleiste Mittwoch vormittag

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Magdeburg, 12. Januar 1905.

Andre Länder — andre Sitten.

Die französische Kammer hat, wie gestern mitgeteilt und kurz kommentiert wurde, einen Gegner des Ministeriums Combes zum Präsidenten gewählt. Darum ist die öffentliche Meinung Frankreichs einig in der Überzeugung, daß die Tage der gegenwärtigen Regierung gezählt seien.

Der deutsche Reichstag hat am Mittwoch über eine von freisinniger Seite gestellte Resolution beraten, die aus den Vorgängen des Königsberger Prozesses folgen für die deutsche Gesetzgebung zieht. Der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Nieberding, hat diese Resolution abgelehnt, der Reichstag aber hat ihr zugestimmt. Für einen Teil dieser von der Regierung belämpften Resolution waren sogar die Konservativen zu haben! Der sozialdemokratische Redner brachte gegen die preußische Regierung, an deren Spitze der deutsche Reichskanzler, Graf Bülow, steht, die furchtbarsten Anklagen vor. Redner der freisinnigen sowie der Zentrumspartei stimmten ihm teilweise zu. Der Staatssekretär verschantete sich — nachdem schon ein halbdundmal auch vom Regierungstische aus das ganze Material des Prozesses erörtert worden war — hinter die verzwitschte Ausrede, er wolle nicht in den Gang des noch schwelenden Gerichtsverfahrens eingreifen. Das Haus ging auf diese Ausrede nicht ein. Aber so hagelte auch die Siebe auf den Rücken der Regierung niederlaufen, so fiel es doch keinem einzigen Mitglied des Reichstags ein, der Bedrängten Hilfe zu leisten. Mit eisiger Macht, wenn nicht gar mit heimlichem Behagen, sah das ganze hohe Haus, wie der sozialdemokratische Redner der preußisch-deutschen Regierung ihre ganze Schande ins Gesicht warf.

Einen solchen Vorgang würde man in einem parlamentarisch regierten Lande nicht nur als eine Niederlage, sondern als einen wahren Zusammenbruch der Regierung bezeichnen. Aber in Deutschland — was geschieht in Deutschland? In Deutschland läßt man die Kerls reden oder schweigen, wie es ihnen beliebt, man läßt sie annehmen oder ablehnen, was ihnen beliebt, und tut doch schließlich, was man will. Die Resolution Müller-Meiningen ist eben wieder nichts andres als ein Stück Papier, und solange es in den Reichstümern und beim Bundesrat noch Aktenbücher, Schubfächer, Mappen und Aktenfazikel gibt, ist dergleichen gut aufgehoben. In heiterem Gleichmut geht der Reichskanzler, geht die preußische Regierung ihren Weg; solange von obenher die Gnadenfontaine scheint, mögen tief unten die wilden Wässer tosen.

So oft der deutsche Reichstag auch mit den leisesten Verbiß macht, sich seiner Würde zu befähnen, muß er die traurige Ehre machen, wie schlecht es mit dieser seiner Würde bestellt ist. Seine Worte sind in den Wind geprudelt, seinen Willensanänderungen fehlt jeder sachliche Erfolg. Dann aber reden die konservativen Scharfmacher über die Bedeutungslosigkeit des Reichstags und die überflüssigen Agitationsreden, die dort gehalten würden. Wenn der Reichstag wirklich nichts weiter ist als die „Räsonierstube des Deutschen Reichs“, als die wir ihn trefflich brauchen können“ — wenn

ihm jeder wirkliche Einfluß auf die Regierung fehlt — wer anders trägt an einem solchen Zustande Schuld als eben die bürgerlichen Parteien? Sie wollen eine Bürgerlichkeit nicht mächtig leben, nur der sie nicht wissen, ob sie in ihr immer die Macht haben werden.

Sie vergessen nur, daß die Gleichgültigkeit der Herren oben belanglos ist gegenüber den Wirkungen, die Debatten, wie die vom Mittwoch, auf die Massen ausüben. Darum mag der Regierung ihre vollkommene Niederlage praktisch keinen unmittelbaren Schaden bringen, deswegen aber bleibt der vollkommene parlamentarische Sieg der Sozialdemokratie nicht ohne praktische Bedeutung. —

und der Regierung bzw. dem Abgeordnetenhaus, daß es jetzt unbedingt wieder eine Petition durchsetzen und konzentriert erneut die Aktionen mit einem schriftlichen Bericht über ihren Zustand auf Heraufzog zur Haagerordnung beauftragte.

Gegenwärtig ist nun im Mandat der gejagte Steuerzollende Einwohnerchaft, wobei sie nicht zu den Puffern zählen, mobil gemacht, um endlich einmal mit energischem Aufmarsch in die Massen zu herantreten. Rembrandt ist es bei der Haagerordnung der gesamten Presse, um die genau vorzuordnen der Haagerordnung Städte-Ordnung einmal in allgemeiner Kenntnis zu bringen, die Regierung und Landtag darauf bestimmt, daß sie ein solches Verbrechen begehen, wenn sie die Lauterung des Abgeordnetenhauses nicht beseitigen, die vielleicht für die Zukunft eine gute Zukunft paßt mag, nicht aber für eine moderne Großstadtverwaltung. Es ist dringend zu wünschen, daß sich in der Haagerordnung bestimmt, einige Abgeordnete sind zu einer solchen Aktion als bisher der Mandatorengruppe beizutreten, der entsprechende Anordnung an die Regierung, endlich einzuholen, die Reaktionen, die man zum wenigsten durch die Befreiung der Haagerordnung bereitstellt werden soll. —

Ein Welfenfonds.

Der Kampf um die hannoversche Städte-Ordnung, der seit langen Jahren, und gegenwärtig wieder besonders intensiv, Stadt und Land Hannover und auch den preußischen Landtag beschäftigt, verdient, wie uns aus Hannover geschildert wird, politisch das weiteste Interesse, indem es sich dabei um ein Rücksichtsrecht handelt, die in ganz Deutschland auch nur annähernd nicht so eingeschränkt hat, und den zu besetzen sich die am Ruder befindliche Oligarchie aus rein persönlichen eigenerlischen Interessen beharrlich weigert, gleichwie auch das preußische Abgeordnetenhaus infolge seiner durch die hannoverschen Abgeordneten gefälschlich genährten Feindschaft mit den unverdienstlichen kommunalpolitischen Zuständen, und ebenso die Regierung, die auf Grund der letzteren unbedingt gefügte Magistrate und Bürgerschaftsvertreter findet.

Die hannoversche Städte-Ordnung stammt aus der schärfsten hannoverschen Realisationsperiode vor 50 Jahren und ist zugeschnitten auf die damaligen Verhältnisse Kleingewerblicher Bande mit beschränkter sozialer Einwohnerchaft, charakterisiert sich aber als eine lächerliche Karikatur und Verhöhnung aller Rechts-, Vernunft- und Kulturbegriffe für eine moderne Großstadt im Zeitalter des Verkehrs, der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Hannover hat heute bei mehr als 250 000 Einwohnern etwa 60 000 Steuerzahler. Von diesen sind über 50 000 kommunalpolitisch absolut rechtslos, denn das Wahlrecht besitzen nur die sog. ca. 8000 „Bürger“, d. h. einmal die von altersher Eingeessenen, meist Handwerker und Gewerbetreibende, ferner die Hausbeamten, die verpflichtet sind, Bürger zu werden, und sämtliche Beamte, die als solche gratis das Bürgerrecht erhalten. Alle übrigen Steuerzahler, und das nicht etwa die finanziell schwachen, können nur Bürger werden, wenn sie für ihre Person 120 Mark und für ihre Frau 60 Mark bezahlen. Selbstredend scheut ein jeder die überflüssige Ausgabe, weil außer dem Wahlrecht für die Kommunalwahlen irgendwelche sonstigen Vorteile nicht damit verbunden sind.

So herrschen in Hannover auf Grund verrotteter Bestimmungen ca. 8000 „Bürger“. Vertreter einer beschränkten Einwohnerklasse, während demgegenüber ca. 50 000 andre Steuerzahler vollständig ausgeschaltet sind. Die Folge ist ein nicht annähernd an der Höhe moderner wirtschaftlicher und sozialer Anforderungen stehendes 24jährige Stadtverordnetenlosigkeit, das dem ziemlich gleich starken, stets geschlosseren und zum Nach der hannoverschen Städte-Ordnung auf Lebenszeit gewählten Magistrat nicht gewachsen ist.

Die Zustände sind unhaltbar, aber alle Bemühungen seit Jahren scheiterten an der Indolenz der am Ruder befindlichen

anderen Menschen galt. Gest gestehe ich die Tat an und will mich den Hörgen nicht entziehen.

Aber ich will niederschreiben, wie ich zu dem Ruder kam —

er besaß, so während des Schreibens einen Augenblick. Es war, als wenn er eins... schreibt einen Brief noch einmal wiederholte.

Als er geendigt hatte, war er aufgestanden und von der Stelle weg, das Lied: „... wieder Schulkind. Noch einmal las er...“ dann adressierte er es an das Schriftsteller Büro, „... Leipzig in Neisse.“

Er wollte Schriftsteller werden. Er rief: „Hier ist eine Stimme!“ er lächelte und lachte. Als er die Stimme hörte, stieß er sich an und ihm und in den Hals. Seines Bildes entzog er sich, da er etwas Rotes auf sich.

„Eine Tasse mit Milch — ein Stück Käse.“ Mit einem Satz war die Entfernung geschafft. „...“

„Die Freude ist es weit gut.“ „...“

„Der Doktor wird al...“ „...kommen und Doktor wird al...“

„Sie sind...“ „...nach sie sind hinzu.“ „...“

„Sie sind...“ „...nicht zu...“

„Wenn dies gut geht, so ist über alles vereinbart.“

Daniel lächelte den Arzt, als wenn er nicht zu hören wäre.

„Kann ich sie sehen?“

„Werden Sie lieber noch eine Stunde. — Ich werde Sie rufen.“

Academie der Künste. Er verabschiedet hatte, blieb er in der nächsten Woche sitzen. Nach einer Weile aber galt er an den Türen, Schreibtisch und jetzt noch einen zweiten Brief auf, wobei er der Schreiberin, mit dem er gut bekannt war, bat, das einliegende versiegelte Schreiben erst in zwei Wochen zu öffnen.

Dann trug er das ganze Schriftstück auf die Post.

(Fortschreibung folgt.)

Fenilleton.

Neudeutsch verboten

Pastor Klünghammer.

Roman von Wilhelm Hegele.

(101. Fortsetzung.)

Nochdem die Tür geschlossen war, machte Marianne eine leise Bewegung, daß Daniel sie aufrichten sollte. Ein Lächeln schwante wie der Ausdruck einer inneren Kraft auf ihrem Gesicht und schien über alle Qualen den Glanz eines überirdischen Friedens zu gießen.

„Komm doch näher! Ich kann nicht schreien,“ flüsterte sie. „Aber bin ich glücklich. — Ich hab Dich lieb. Glaubst Du mir jetzt?“

„Ich glaube.“

„Aun los' ich Dir das Kind. — Dein Kind! Es gehört Dir. — Wirst Du nun im Guten an mich denken?“

Er gab keine Antwort. Tränen stürzten aus seinen Augen; er küßte den Saum ihres Kermels. Da legte sie ihm die Hand aufs Haupt.

„Was quält Dich, Daniel?“

Er zuckte zusammen. Seine bebenden Lippen konnten kein Wort hervorbringen. Ein stummer Angst rangen seine Augen, und die Qual lächelte mit ihrer Fieberglut die Tränen aufzuzehrten.

„Du bist schuld an Deines Bruders Tod?“

Er richtete sich jäh auf, wollte sich wehren. Aber als wenn etwas in ihm zerbräche, sank er wieder.

„Ja, ich bin schuld.“

Sie streckte ihre Hand.

„Keine Deck nicht!“

Während sie ihn näher zog, drückte sie in langem Kuß ihre Lippen auf seine Stirn und seine nassen Augen.

„Trete Dich doch! Für mich hast Du's getan! Ich habe mehr Schuld als Du. — Ich nehme Deinen Kummer mit mir.“

Schmerzensschauer ließen über ihr Gesicht. Ihr Kopf

ruhte schwerer auf seiner Hand, die langen schwarzen Wimpern öffneten und schlossen sich angestossen schnell über den bleilen Lidern. Gleich darauf aber sah sie ihn unverwandt an. Während er sich unruhig lauschend über sie beugte, bewegten sich ihre Lippen in kaum hörbarem Flüstern:

„Sei wieder Du! — Alles Gute und Große fand ich mal in Dir — Du, mein Lieber! — Lieber —“

Er neigte sich noch tiefer, doch verstand er sie nicht mehr. Sie klang jetzt Auge in Auge. In dieser stummen Zwischenrede ihrer Seele sagten sie sich alles, was man mit Worten nicht ausdrücken kann, alles Zärtliche und Liebe, einen Schatz des Abschieds, alle Lust des Todeswiderfindens.

Da öffnete sich leise die Tür. Die Kerze traten ein. Doctor Hauschild rührte Daniel leicht an der Schulter. Weinend klammerte er sich an ihr fest, als wenn er mit seinem Leben das ihre halten könnte. Doch sie selbst machte sich los und winkte ihm zu gehen.

Während er sich im Dunkel der Tür umwandte, sah er zum letzten Male noch ihre strahlend hellen Augen. Damals war er allein in seinem Zimmer. Es war fast und dunkel, hinter dem Fenster erhob sich düster der schwärze Kirchthurm im Morgengrauen. Aber als wenn seine Seele sich an ihrer entzündet hätte, umstrahlte ihn ein großer Glanz, so daß er wie von Licht umgeben war.

Er sah an seinem Schreibtisch weiße Bogen ausgebreitet. Ihm idien es hätte jemand seine Gedanken vorausgeahnt und ihm helfen wollen. Nach kurzem Besinnen nahm er die Feder und schrieb:

„Ich will mein Gewissen erleichtern und mein Verbrechen eingestehen. Ich schreibe mit klarem Verstand und die reine Wahrheit, in mir Besüßt, daß der Tod oder ich, die Strafe besser ist als das Leben, daß ich bisher geführt habe.“

Am 12. Mai vorigen Jahres habe ich, Daniel alias Klünghammer, Pfarrer zu Schwerin, meinen Bruder Fritz in Asteroede an der Schwalm ermordet und den Leichnam in den Fluß geworfen. Ich habe die Tat verheimlicht, aus Feigheit, und weil ich nur an das Schlechte in mir und in

Warenhaus Gebr. Barasch

Donnerstag
den 12. Januar
Freitag
den 13. Januar

Vor Beginn der Inventur

Sonnabend
den 14. Januar
Sonntag
den 15. Januar

grössere Posten Waren zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf!

Porzellan

Ein Posten

Kaffeekannen einzel von Servicen bunt dekoriert	Stück 65	45 Pf.
Tassen von Servicen bunt dekoriert	Paar	12 Pf.

ca. 2400 Paar Tassen bunt dekoriert, hohe und Schalenform, mit Goldrand	Paar 20	17 Pf.
ca. 2000 Paar Tassen hohe und Schalenform, mit Goldrand	Paar 16	14 Pf.
ca. 1800 Paar Portionstassen weiß gerippt	Paar	18 Pf.
ca. 2000 Stück Speiseteller fest, ausgebohrt, rief und flach	Stück	19 Pf.



Ein Posten
Noten
mit weißer oder farbiger Papier-
füllung, zum Ausüben
Serie I
48 Pf.

Ein Posten
Briefpapier
100 Bogen

42
Pf.



16
Pf.

Porzellan

Ein Posten

Milchkannen von Servicen bunt dekoriert	Stück 22	18 Pf.
Zuckerdosen von Servicen bunt dekoriert	Stück	22 Pf.

ca. 300 Stück Dessertsteller
mit Goldrand

Stück 11 Pf.

ca. 1200 Stück Speiseteller
englisch gerippt, tief und flach

ca. 100 Stück Kaffee-Service
bunt dekoriert 9-teilig 2.95 2.45 5-teilig 95 Pf.

ca. 1000 Stück Speiseteller
mit kleinen Fehlern

ca. 700 Stück Kaffeebecher
bunt dekoriert 9 Pf.

ca. 600 Stück Dessertsteller
bunt dekoriert

ca. 300 Stück Kuchenteller
bunt dekoriert, mit Goldverzierung 39 Pf.

75
Pf.

Ein Posten
Beutel-Portemonnaies
mit Innentasche u. Dachbügel Stück 55 Pf.

Ein Posten
Uhren
gut gehend

1.25
Stück



Holzwaren

Fleischbretter ca. 25 36 52 59 cm lang
Stück 7 29 68 98 Pf.

Fleischbretter ohne Stück 95 Pf. 1.25

Schinkenteller Blattform Stück 7 Pf.

Messerputzbänke mit Gabel-Riemer Stück 15 Pf.

Fleischklopfer mit lackiertem Griff

Stück 26 Pf.

Quirlbretter 7 Stück

Stück 7 Pf.

Quirlbretter mit Zellerhalter

Stück 39 Pf.

Quirlgarnituren 9-teilig 95 Pf.

7-teilig 33 Pf.

Topfdeckelhalter lackiert Stück 39 35 22 Pf.

Stück 5 Pf.

Stiefelzieher Stück 39 Pf.

Servierbretter ca. 31 cm lang Stück 65 Pf.

Messerkasten 3-teilig

Glas

ca. 65 Stück Bier-Service bunt dekoriert, Rame 1.25
u. 6 Becher Serie 1.25

ca. 2000 Stück Butterdosen mit Deckel Stück 9 Pf.

ca. 600 Stück Römergläser geschliffen, zum Aus- 16 Pf.

ca. 1200 Stück Likörgläser geschliffen, zum Aus- 9 Pf.

ca. 300 Stück Sturz-Karaffen Glasmasse, mit 25 Pf.

ca. 100 Stück Wasserflaschen Glasmasse 15 Pf.

ca. 4000 Stück Teebecher mit Band od. guillochiert 11 Pf.

Emaille

ca. 100 Stück Wasserkessel 16 18 28 cm Durchm. Stück 40 65 1.25

ca. 100 Stück Salz- und Mehlmesten Stück 38 Pf.

ca. 90 Stück Kaffeekannen 10 11 12 13 cm Durchm.

ca. 100 Stück Eimer gerade Form Stück 25 35 42 48 Pf.

ca. 100 Stück Schmortöpfe 28 cm Durchmesser, bunt dekoriert Stück 1.10

ca. 150 Stück Schmortöpfe 28 u. 30 cm Durchm. Stück 92 1.10

Kohlenkasten vierdeigige Form, mit bunt dekoriertem Deckel 1.75

Geldkassetten Draht, mit Blecheinhab 1.55 75 Pf.

Petroleumkannen mit Aufschrift, 1 Liter Inhalt 29 Pf.

Garnituren für Sand, Soda, Seife, lackiert, mit Aufschrift und Konjol 62 Pf.

Bürstenbleche lackiert, mit Bürsteneinrichtung 1.55 1.35 85 Pf.

Spiritus-Gaskocher Ideal 28 Pf.

Glühstrümpfe Durchend 70 Pf. Stück 6 Pf.

Bürsten-Garnituren

ca. 85 68 Pf.

Hundwuschbürsten mit lackiertem Holz

ca. 16 9 Pf.

ca. 2500 Stück

Kinderkämme

schwarz und braun

— zum Ausüben —

Stück 9 und 14 Pf.

Möbelbürsten

Kleiderbürsten

Stück 55 Pf.

Stück 18 Pf.

Die angesammelten Reste und Coupons in Bändern,
Spitzen, Pesamenten, Kleiderstoffen, Läuferstoffen etc.

werden ausserordentlich billig verkauft

H. L. Lublin

Inventur-Räumungs-Verkauf

Freitag
Sonnabend
Sonntag

8210 Paar Damen-, Herren- und Kinder-Handschuhe

ca. 750 Paar bunte Damen-Trikothandschuhe
in neuen schönen Mustern Wert 35 Pf., Paar 20 Pf.

ca. 650 Paar Trikot-Damenhandschuhe
mit angewebtem Futter und Druckverschluß, in farbig und schwarz Wert 40 Pf., Paar 25 Pf.

ca. 900 Paar Herren-Trikothandschuhe
mit angewebtem Futter und Druckverschluß, in farbig und schwarz Wert 40 Pf., Paar 25 Pf.

ca. 900 Paar Reinhollene Perlrikot-Damenhandschuhe
in farbig, schwarz und weiß Wert 45 Pf., Paar 25 Pf.

ca. 260 Paar gestrickte Damenhandschuhe
in bunt gestreift und uni schwarz Wert bis 60 Pf., Paar 30 Pf.

ca. 700 Paar Trikot-Damenhandschuhe
mit Druckverschlüssen, in farbig, schwarz und weiß Wert bis 1.00, Paar 37 Pf.

ca. 750 Paar Kinder-Trikothandschuhe
bunt gemustert in allen Größen Wert 25 Pf., Paar 15 Pf.

ca. 1700 Paar Herren-Krimmerhandschuhe
mit Lederbesatz und Plüschart Wert 95 Pf., Paar 60 Pf.

ca. 650 Paar Kinder-Krimmerhandschuhe
in allen Größen Wert 25 Pf., Paar 25 Pf.

ca. 300 Paar Herren-Glucéhandschuhe
mit braunem Plüschart und Druckverschluß Paar 90 Pf.

ca. 650 Paar Reinhollene buntgestreifte Kinderhandschuhe
reizende Muster, in allen Größen Wert 45 Pf., Paar 25 Pf.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

ca. 5000
Pfund

16er Pa. Kammgarn

16er Pa. Eiderwolle

in schwarz, grau- und braunmeliert

Pfund 1.80

Ein Paar Zuaven-Jäckchen
mit Bordenat geschnitten Wert bis 1.00
Inventurpreis 50 Pf.

Ein Paar Herren-Jagdwesten
schwarz mit gemusterten Bordenat Wert 2.75
Inventurpreis

Ein Paar Unterröcke aus Damentuch
hoher Volant mit schwarz-weißer Litze garniert
Inventurpreis 1.25 und 95 Pf.

Ein Paar Zuaven-Jäckchen
Wolle mit Bordenat, farbig geschnitten Inventurpreis 1.25

Ein Paar Herren-Jagdwesten
Schwarze Schal, Bordenat geschnitten Wert 3.50
Inventurpreis

Ein Paar Unterröcke aus schwarzem Satin
mit hohem gemustertem Volant
Inventurpreis 2.25

Ein Paar Zuaven-Jäckchen
Prima Seidenwolle, farbig geschnitten, ob. plattiert
Kastengarn, glänzend Inventurpreis 1.50

Ein Paar Echarpes ca. 90×140
in hell- und dunkelfarbigen Tafeln
Inventurpreis

Ein Paar Unterröcke Moiré
schwarz und farbig, mit baumwollen Flanell
gefüttert
Inventurpreis 3.00

Ein Paar Schutenhüttchen für Kinder
in Blau - Lammfell - Zili Wert bis 4.50 Inventurpreis 1.00

Ein Paar Tellermützen Filz mit verschiedenen
Garnierungen Wert bis 1.50 Inventurpreis 40 Pf.